

Alle Macht den Polizisten

Wozu das neue Polizeibefugnisgesetz die Polizei so alles befugt...

Anfang voriger Woche veröffentlichte das Innenministerium einen in mehrmonatiger Arbeit zusammengestellten Entwurf jenes Gesetzes, in dem zukünftig Aufgaben und Befugnisse der "Sicherheitsbehörden" festgeschrieben werden sollen. Es ist durchaus geeignet, Angst

und Schrecken zu verbreiten: Weder den Austrofaschisten noch den Nazis standen zu Beginn ihrer Herrschaft derart weitreichende legislative Möglichkeiten zur Knebelung der Bevölkerung, wie sie in diesem Entwurf vorgeschlagen werden, zur Verfügung.

Außerdem:

Das war der Anti-McDonald's-Aktionstag in Österreich
Seite 6

PyhrnautobahngegnerInnen kaufen Autobahngrundstück in der Steiermark
Seite 7

Bewegung an den Unis
Seite 8

Ab 1991 Steyr-Sturmgewehre in Malaysia?
Seite 9

ISDN — der Schritt zur digitalisierten Herrschaft
Seite 10

BRD: 129a Prozeß gegen KurdInnen hat begonnen
Seite 14

DDR: Perestroika oder was?
Seite 15

u.v.a.
Impressum Seite 24

(TATblatt-Wien)

DAS GEPLANTE GESETZESWERK

Der vorliegende Entwurf ist tatsächlich ein reiner Entwurf. Weder sind die vorgeschlagenen Paragraphen fortlaufend nummeriert noch in ausreichenderweise kommentiert oder erklärt. Erläuterungen über durch dieses Gesetz außer Kraft zu setzende derzeit gültige Bestimmungen fehlen ebenso wie jeglicher Bezug zur derzeitigen Polizeipraxis. Es soll so, vermuten wir, der Eindruck verhindert werden, es handle sich bei diesem Entwurf lediglich um eine Festschreibung bzw. Legalisierung bisher üblicher, aber nicht dezidiert erlaubter Polizeipraktiken. Im Folgenden drucken wir Auszüge des von einer Arbeitsgruppe bestehend aus zwei Universitätsprofessoren, dem Präsidenten des Rechtsanwaltskammertages und des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit vorbereiteten und dem legislatischen

Dienst des Innenministeriums ausformulierten Papiers kommentiert ab.

UNSER PRÄSIDENT BLEIBT UNS ERHALTEN!



In den ersten zwei Gesetzesabschnitten werden lediglich inhaltliche Definitionen (etwa des Begriffes Exekutivdienst) und

Fortsetzung auf Seite 2

Polizeibefugnisse

Fortsetzung von Seite 1

organisatorische Strukturen festgelegt. Neuerungen soll es dabei keine geben; d.h., daß die bisher gültigen Regelungen, die im Wesentlichen aus der Zeit des Neoabsolutismus stammen (1850), erhalten bleiben. Das wird vor allem die WienerInnen freuen. Anders als in anderen größeren Städten dürfen sie sich auch in Zukunft auf Befehl eines Polizeipräsidenten prügeln, treten und festnehmen lassen. Die Welse-rInnen etwa müssen mit einem Polizeidirektor vorlieb nehmen.

DIE POLIZEIAUFGABEN...

werden im dritten Abschnitt behandelt. Auffallend beim Durchlesen ist jedoch nicht nur der Inhalt, nein, die geschickte Wortwahl allein besticht bereits.

§ Aufg 1

Oberstes Anliegen der Sicherheitsbehörden bei der Erfüllung aller Aufgaben haben der Schutz des Lebens und der Gesundheit der Menschen sowie die Gewährleistung von Freiheit und Frieden in der Gemeinschaft zu sein.

Diese Präambel ist rechtlich völlig bedeutungslos. Im Folgenden werden wir immer wieder auf diese und ähnliche Formulierungen stoßen. Sie sollen dem Entwurf eine demokratische Note verpassen, den Inhalt verdecken. Und tatsächlich: während einer Veranstaltung über Sinn oder Unsinn eines Polizeibefugnisgesetzes verließ Ministersekretär Manfred Matzka immer wieder auf diese schönen Formulierungen. Über den eigentlichen Inhalt des Entwurfs, den er mitverfaßt hat, wollte er nicht sprechen.

§ Aufg 3 (1)

Den Sicherheitsbehörden obliegt die Abwehr allgemeiner Gefahren von Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum und Umwelt der Menschen. Sie haben rechtswidrigen Angriffen gegen diese Rechtsgüter, soweit sie allgemein gefährlich sind, vorzubeugen.

Gleich zwei Neuerungen in einem Absatz. Zuerst einmal die völlig irrelevante Aufzählung der Umwelt als schutzwürdiges Rechtsgut, dann aber die Aufforderung an die Behörden, allfälligen Angriffen vorzubeugen. Selbstverständlich hatte die Polizei auch bisher vorbeugend gegen Personen und Personengruppen ermittelt. Rechtlich gedeckt war diese Evidenz von Punks, politisch Aktiven, BesucherInnen bestimmter Lokale in denen mit illegalen Drogen gehandelt wird o.ä. aber nicht, denn die Strafprozessordnung sieht ein

Eingreifen erst im Falle eines konkreten Versuchs der Begehung einer strafbaren Handlung vor (was will der Autor dieser Zeilen uns damit sagen? Anm d Korrekturlesers. Erklärung der 2. Korrekturleserin: Evidenz heißt in diesem Falle, etwas im Auge zu behalten, der ganze Satz also: Rechtlich gedeckt war dieses Im-Auge-behalten von den Punks usw aber nicht, denn... Ganz liebe Grüße auch von den LayouterInnen! Hallo Drucker! Wie läuft's?).

§ Aufg 4 (1)

Den Sicherheitsbehörden obliegt der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen der Republik und ihrer Handlungsfähigkeit sowie der Schutz der demokratischen Freiheiten der Menschen im Bundesgebiet. Sie haben Angriffen gegen diese Rechtsgüter vorzubeugen.

Soll der § Aufg 3 (1) eher der Kriminalpolizei die Angst vor dem legistischen Graubereich bei der Überwachung ungeliebter Personen (etwa der "Kinder vom Karlsplatz") nehmen, so ist § Aufg 4 auf die Staatspolizei zugeschnitten. Wie oben! Es ist allgemein bekannt, daß die Staatspolizei "vorbeugend" gegen Mitglieder von Friedensgruppen, BürgerInneninitiativen und linker Initiativen vorgeht. Videoteams bei Demonstrationen, Massenweise Anhaltungen und Ausweiskontrollen (etwa nach der letzten größeren Demonstration vom 15.9. in Wien), Observationen (etwa des Rotstilchens und anderer "linker Lokale") usw...

All das geschah bisher im sog. "rechtsfreien Raum", war nirgendwo festgelegt. Das würde sich nun mit Inkrafttreten dieser oder einer ähnlichen Bestimmung ändern. Interessanterweise ist die Aufnahme von Ermittlungen gegen bestimmte Personen oder Personengruppen an keine einzige Bedingung gebunden, da die möglichen Vorbeugungsfälle nicht näher bezeichnet werden. Die Abwägung, ob und in wie weit er nun in die Freiheit des einzelnen eingreifen darf, liegt allein beim handelnden Beamten. Daran ändert auch der folgende Paragraph nichts.

§ Aufg 5

Den Sicherheitsbehörden obliegt die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Hierbei haben sie die Sicherung der Ausübung der Grund- und Freiheitsrechte des einzelnen ebenso zu beachten wie den Schutz der Gemeinschaft und ihrer Einrichtungen.

Wieder bloße Allgemeinsätze ohne Verbindlichkeiten für die von Polizeihandlungen betroffene Person (es ist wirklich

ärgerlich, solchen Mist auch noch abtippen zu müssen; TipperIn; das leg ich nicht zusammen; Anm eines/r Zusammenlegers/in. Ich geh. punkt. Trotzdem liebe Grüße, auch an die BriefträgerInnen!).

Es folgt der IV. Teil: BEFUGNISSE DER SICHERHEITSEXEKUTIVE

§ Bef 1

Die Sicherheitsexekutive darf nur dann in die Rechte einer Person unmittelbar eingreifen, wenn andere Mittel zur Erfüllung der Aufgaben der Sicherheitsbehörden nicht ausreichen.

§ Bef 2 (1)

Erweist es sich als unerlässlich, eine Befugnis handzuhaben, so hat die Sicherheitsexekutive bei der Ausübung der Befehls- und Zwangsgewalt die Verhältnismäßigkeit von Anlaß, Eingriff und angestrebten Erfolg zu wahren.

Dieses Gebot der Verhältnismäßigkeit der Mittel, das im 2. Absatz noch ein wenig genauer beschrieben wird, wollen die Autoren des Papiers als ganz, ganz großen Erfolg verkaufen. Tatsächlich war von einem ähnlichen Gebot im eigentlichen österreichischen Polizeigesetz bislang nichts zu finden. In der Realität aber werden alle Einsätze von polizeilichen Schlägertrupps damit gerechtfertigt, daß andere Mittel nicht zum Ziel geführt hätten. Selbst als ein hoher Offizier der Staatspolizei während des Streiks der Studierenden im Herbst 1987 einen einzelnen, nicht bewaffneten und sich nicht wehrenden Mann auf dem Gelände der Universität mit Schußwaffe im Anschlag festnahm, verteidigte er sich vor Gericht mit der Behauptung, seine Vorgangsweise hätte dem Gebot der Verhältnismäßigkeit entsprochen (der Mann versieht natürlich immer noch seinen Dienst). Darüberhinaus muß auch bei Beschwerden wegen Verstoßes gegen die Menschenrechtskonvention die Verhältnismäßigkeit der Mittel geprüft werden, ohne das es irgendeinen positiven Auswirkungen auf polizeiliches Verhalten in der Praxis hätte.

§ Bef 3

(1) Der Bundesminister für Inneres hat durch Verordnung Richtlinien für das Einschreiten der Sicherheitsexekutive, insbesondere für die Handhabung der ihr eingeräumten Befugnisse zu erlassen. Soweit diese Richtlinien auch für die Befugnisse der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes aus dem Zuständigkeitsbereich anderer

Bundesminister gelten sollen, kommt das Verordnungsrecht der Bundesregierung zu.

(2) In diesen Richtlinien kann zur Sicherstellung wirkungsvollen einheitlichen Vorgehens und für Zwecke der Minderung von Konfliktgefahr insbesondere vorgesehen werden, daß

1. bestimmte Amtshandlungen Organen mit besonderer Ausbildung vorbehalten sind;

2. vor der Ausübung bestimmter Befugnisse potentielle Betroffene informiert werden müssen;

3. bei der Ausübung bestimmter Befugnisse spezielle Handlungsformen einzuhalten sind;

4. der Betroffene über bestimmte Eingriffe in seine Rechte in Kenntnis zu setzen ist;

5. der Betroffene in bestimmten Fällen auf sein Recht auf Beiziehung eines Rechtsbeistandes hinzuweisen ist und daß er dessen Verständigung verlangen kann.

(3) Auf die Einhaltung der Richtlinien haben die Betroffenen keinen Anspruch.

Kommentar ist da wohl überflüssig.

§ Bef 5 regelt die Möglichkeit der Polizei, Menschen zur Feststellung ihrer Identität anzuhalten. Nun, die Polizei darf anhalten, "wenn aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist", daß die angehaltene Person irgendetwas mit einer Gesetzesübertretung zu tun habe oder über eine solche Auskunft geben kann.

Wer wurde noch nicht von der Polizei angehalten, weil ein anonymer Anrufer sich über Lärm, Gestank oder ähnliches beschwert haben soll. In Zukunft soll aber nicht einmal mehr die Behauptung einer direkten Beteiligung an einer Straftat zur Anhaltung notwendig sein. Mensch könnte ja was beobachtet haben. In einem solchen Fall darf Mensch bis zu einer Stunde festgehalten werden. Weiters darf die Polizei Personen "aufgrund bestimmter Tatsachen" das Verlassen eines bestimmten Ortes verbieten (§ Bef 6).

LEX OCCUPANTIUM DOMUS

(zu deutsch: Lex Hausbesetzerlensis)

Als uns der Gesetzgeber(würg) (könn'ts ihr euch bitte die Kommentare einmal sparen, da kennt man/frau sich ja nicht mehr aus. Anm eines/r LeserIn) 1929 die baldige Erlassung eines Polizeibefugnisgesetzes in Aussicht stellte, schuf er sich und seiner Polizei eine Übergangsbestimmung, die, wie könnte es auch anders sein, bis in die Jetztzeit Gültigkeit besitzt. Zur Abwehr neu auftretender Gefahren darf die Polizei Verordnungen erlassen, deren Einhaltung überwachen und Verstöße gegen die Verordnung als Verwaltungsübertretung ahnden. Einzige Bedingung: die Verordnung durfte gegen kein gültiges Gesetz verstoßen (Art II §4 Abs2 V-ÜG

1929). In der Realität werden aber diese Verordnungen natürlich gerade dann erlassen, wenn es ohnehin kein Gesetz gibt, daß der Behörde ein Möglichkeit des Einschreitens bietet. Und so entwickelte sich diese Verordnungsmöglichkeit zum wirksamsten Mittel zur Knebelung politischer und sozialer Bewegungen: Nicht nur gegen HausbesetzerInnen wurde es mit Erfolg angewandt; auch in Hainburg und anläßlich der Drakenstationierung in Graz-Thalerhof sollte mittels einer solchen Verordnung Widerstand verunmöglicht werden. Oftmals wurde die Verordnungsmöglichkeit von BürgerInneninitiativen kritisiert und fast alle Forderungen nach einem Polizeibefugnisgesetz wurden mit der notwendigen Beendigung dieses "für eine Demo-



kratie unwürdigen Zustandes" (Bürger beobachten die Polizei) begründet. Im vorliegenden Entwurf kommt das Verordnungsrecht aber gleich zweimal vor. Einmal dezidiert als Möglichkeit, unbequeme Menschen von einem bestimmten Ort entfernen zu können, sofern sie durch ihre Anwesenheit "deren Leben oder Gesundheit; das Leben, die Gesundheit oder das Eigentum anderer Menschen oder die Umwelt in erheblichem Maße allgemein" gefährden (§ Bef 7 Abs1). Als geeignete Form der Verkündung sieht das Gesetz vor allem die Verlautbarung per Megaphon vor! Verstöße gegen diese Verordnungen können zwar nicht als Verwaltungsstrafe geahndet werden, dafür aber "unmittelbar nach ihrer Verlautbarung" mittels Zwangsgewalt durchgesetzt werden.

Zum anderen aber auch als allgemeine Möglichkeit, auf nicht vorhersehbare Ereignisse zu reagieren. Vorstellbar in diesem

Zusammenhang wären etwa Verbote, zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten bestimmte Abzeichen, Transparente etc. zu tragen oder zu benutzen. Das wäre schon allein deshalb keine Einschränkung der Meinungsfreiheit, weil die Anordnungen lokal und zeitlich begrenzt wären und darüber hinaus von der Polizei begründet werden müßten (etwa mit dem Besuch eines Staatsoberhauptes, das sich beleidigt fühlen könnte,...). Verstöße gegen diese Verordnungen können der Effektivität halber sowohl mittels Zwangsgewalt durchgesetzt als auch als Verwaltungsübertretung geahndet werden. Um einer ähnlichen "Rechtsunsicherheit", wie sie zur Zeit bezüglich des Verordnungsrechts herrscht, von vorne herein zu begegnen (in

Wien werden seit 1982 keine Häuser mehr per Verordnung geräumt, weil es den Herren der Staatspolizei zu unsicher war; Stattdessen wurden gerichtlich zu ahnende Straftatbestände konstruiert; siehe etwa Aegidiräumung), wurde für den entsprechenden Paragraphen die Erhebung in den Verfassungsrang vorgesehen (§ Bef 19).

DOCH WEITER IM TEXT

Zur "Klärung eines Sachverhaltes" dürfen "Sicherheitskräfte" Räume, die nicht unter dem Hausrecht stehen, betreten und durchsuchen (Lokale), aber auch Wohnungen betreten und dort befindliche Behältnisse öffnen, solange sie nicht nach einer konkreten Sache suchen. Erst dann nämlich ist es gem. der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes eine Hausdurchsuchung. Das gleiche gilt für Autos etc. (§ Bef 9 und 10).

In den bereits erwähnten "Fällen, in denen das Leben, die Gesundheit oder das Eigentum von Menschen nicht bloß geringfügig gefährdet erscheint sowie in Fällen eines erfolgten Angriffs auf bla bla bla" kann die Polizei zur Hilfeleistung oder zur "Klärung eines Sachverhaltes"(???) Personen des Ortes verweisen. Ebenso kann sie dies tun, wenn sich Personen an Orten aufhalten, an denen wiederholt "nach dem Suchtgiftgesetz strafbare oder mit beträchtlicher Strafe bedrohte Handlungen ereignet haben". Diese Anordnungen können mittels Zwangsgewalt durchgesetzt werden. Begründet wird diese "Wegweisungsmöglichkeit" zynisch mit der Entkriminalisierung der Betroffenen. Muß heute zur Entfernung der Karlsplatzkinder oder der SchwarzhändlerInnen am Mexicoplatz erst ein strafrechtlich relevantes Delikt konstruiert werden, soll in Zukunft die Laune des einzelnen Beamten zur Begründung der Entfernung einer Person ausreichen. BefürworterInnen der neuen Regelung behaupten, die solcherart nicht festgenommene sondern nur weggewiesene Person erspare sich so die Anzeige wegen angeblichen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Dieser Zynismus entlarvt sich selbst: Wer an einem bestimmten Ort bleiben will, wird sich auch in Zukunft nicht einfach wegweisen lassen, nur weil das Gesetz verändert wurde. Die Durchsetzung einer Wegweisung mittels Zwangsgewalt wird wieder automatisch zur Anzeige wegen angeblichen Widerstandes führen. Ersparen werden sich die Betroffenen nur die Verwaltungsstrafe wegen "Lärmerregung" oder Anstandsverletzung". Dafür wird "die Behörde" von der neugewonnenen Möglichkeit am Karlsplatz oder am Mexicoplatz sicherlich extensiven Gebrauch machen. In die gleiche Richtung führt der geplante § Bef 12, der die Möglichkeit vorsieht, den Besuch von Sport- oder Theaterveranstaltungen von der Bereitschaft, sich am Eingang durchsuchen zu lassen, abhängig zu machen. Es ist aber unseres Erachtens nicht zu erwarten, daß sich FußballanhängerInnen solches gefallen lassen werden. Diese Bestimmung wird automatisch zur Eskalation der ohnehin konfliktträchtigen Situation auf den Fußballplätzen führen. Ebenso ist nicht zu erwarten, daß sich Thomas-Bernhard-FreundInnen vor dem Besuch einer Vorstellung des Stückes "Heldenplatz" widerstandslos durchsuchen lassen werden (wegen dem Burgtheater werden's des Gesetz aber wohl eh nicht gemacht haben; Anm v irgendwem). Spätestens bei Beginn der Veranstaltungen, die viele auf Grund der Durchsuchungen versäumen werden, wird es zu Handgreiflichkeiten kommen. Probleme jugendlicher FußballanhängerInnen oder KonzertbesucherInnen lassen sich nicht repressiv lösen.

Lediglich unter anderem erwähnen wir noch die uneingeschränkte Möglichkeit der Exekutive, "fremde Sachen in An-

spruch zu nehmen, wenn der Gebrauch dieser Sache bla bla bla..." (§ Bef 15), "psychisch Kranke" festzunehmen (!!!; § Bef 16 Abs2), uneingeschränkt personenbezogene Daten zu sammeln (§ Dat 2) und diese weiterzugeben und uneingeschränkt Evidenzkarteien anzulegen (§ Dat 3). In einem 6. Teil werden außerdem noch Rechtsschutzmöglichkeiten festgelegt, die keine sind und die wir daher aussparen.

Eigentlicher Anlaß zur Ausarbeitung dieses Entwurfs, der seit nunmehr 60 Jahren im Verfassungsüberleitungsgesetz von 1929 (V.-ÜG.1929) angekündigt wird, waren wohl nicht zuletzt die Pilz'schen "Enthüllungen" über die Machenschaften der Polizei anläßlich des Lucona-Untersuchungsausschusses im Parlament. In einer Veranstaltung am 17.1.1989 hatte Pilz das "Thema Polizei" zum Thema des Jahres erklärt (nicht ohne hinzuzufügen, daß dies ein Verdienst der grünen im Allgemeinen und seiner Person im Speziellen sei). Das

Ergebnis dieser "Skandaldeckungs-politik", mit deren Hilfe die Grünen im Allgemeinen und Pilz im Besonderen ihren Platz als verlässlichste HüterInnen der bürgerlichen "Wertvorstellungen" Schulter an Schulter mit Figuren wie Haider oder Broesigke erkämpft haben, liegt nun vor...

Die vollständige Entwurf kann bei uns angefordert werden. Mehr dazu noch in der nächsten Ausgabe des Tatblatts (Applaus, Applaus)... (Gute Nacht, lieber Tipper! Fang das nächste Mal früher an, aber diesen Satz besser ma jetzt nicht mehr aus. Übrigens: den Absatz davor hamma rausgestrichen, und dafür den Absatz von der Einleitung eingefügt, den wir schon viel früher rausgeschmissen hatten, Anm der KorrekturleserInnen) (Der Artikel ist da jetzt übrigens aus! Die LayouterInnen) Punkt.

Mag Gert Zander ein Säufer?

Gesammelte Bonmots einer Veranstaltung zum Thema Polizeibefugnisgesetz am 25.10.1989 im Amerlinghaus in Wien. TeilnehmerInnen: Hella Gresslehner (Mitarbeiterin des Vereins "Bürger beobachten die Polizei"); Peter Margulies (Polizeiopfer); Manfred Matzka (Sekretär des Innenministers und darüber hinaus kein Alkoholiker); Thomas Prader (Rechtsanwalt);

Prader: "Früher gab es ein Dampfkesselmissionsgesetz. Die große Koalition hat daraus ein Luftreinhaltegesetz gemacht, als ob die Luft dadurch sauberer würde. Das Polizeibefugnisgesetz heißt jetzt Sicherheitspolizeigesetz, damit die Leute glauben, daß hätte etwas mit Sicherheit zu tun. Das ist reiner Etikettenschwindel".

Matzka: "Wir wollten das nicht Polizeibefugnisgesetz nennen, weil die Menschen nicht den Eindruck bekommen sollten, daß der Polizei da Befugnisse eingeräumt werden; die auf ihre Kosten gehen."

BesucherIn: "Es ist doch bekannt, daß der Löschnak mit seinen Beamten säuft...."

Matzka: "Nehmen sie das zurück oder ich geh".

Margulies: "Dann soll er doch gehen"

andereR BesucherIn: "Aber der Zander, der säuft doch schon, oder?"

(Diskussionsleiterin versucht zu beschwichtigen)

Matzka: "Ja, das glaub'ich gern, aber das mit dem Löschnak nehmen sie zurück, sonst geh ich."

BesucherIn: "O.K., aus taktischen Gründen nehm ichs zurück".

Matzka: "Der Alkoholismus ist ein großes Problem in der Polizei und erst vor kurzem haben deswegen hohe Beamten gehen müssen. Ich zahl jedem 10 000 Schilling, der den Löschnak oder mich jemals besoffen gesehen hat oder sehen wird."

(is wohl n Bestechungsversuch, hä???, die Red.)



Alles Lüge?

Als nicht sehr spektakulär aber doch erwies sich der Anti-McDonalds-Aktionstag, der anlässlich des Welternährungstages am 16. Oktober weltweit die Menschen auf die Barrikaden gegen McDonalds steigen lassen sollte.

(TATblatt-Wien, TATblatt-Linz)

McDonalds Österreich zeigte sich jedenfalls gut vorbereitet: Als an jenem Montag vor der Filiale Schwarzenbergplatz in Wien Flugzettel ausgeteilt wurden, die die Schandtaten des multinationalen Konzerns beleuchten sollten (siehe TATblatt -

Verwendung von Rindfleisch aus Regenwaldgebieten oder kürzlich gerodeten Regenwäldern zulassen...."

In der Tat ist schwierig, nachzuweisen, welche Wege das Fleisch nimmt, bevor es zwischen den Semmelhälften landet. Doch gibt es ganz massive Hinweise auf dessen

ner essen manchmal das gleiche wie die Costaricaner." Doch sobald das Fleisch die US-Kontrollbehörde passiert hat, bekommt es einen Stempel und wird automatisch als "einheimisches" Produkt deklariert. Donald Monroe von der GISA, einer großen Rinderzuchtgruppe in Costa Rica, bemerkt nüchtern: "Die großen Fast-Food-Ketten können überhaupt nicht auf Fleischimporte verzichten, weil sie für ihre Hamburger mageres Fleisch brauchen. Davon gibt es in den USA selbst zu wenig."

McDonald's Verpackungen sind nicht umweltschädigend

Bei der Herstellung von Polystyrol ("Styropor") treten folgende Emissionen auf:

Styrol 0,05-1,0 kg/t Polystyrol
 Polymere 0,05-1,0 kg/t P.
 Kohlenwasserstoffe 0,05-5,0 kg/t P.
 (zB n-Pentan)

Die Kohlenwasserstoffe sind an der Entstehung von Photooxidantien (mitverantwortlich für's Waldsterben) und Smog beteiligt.

Nicht zu vergessen: *McDonald's Produkte sind Qualitätsprodukte*

"Unabhängige Untersuchungsanstalten haben bestätigt, daß McDonald's Menüs, mit anderen Lebensmittel kombiniert, eine ausgewogene Ernährung anbieten."

In Linz wurde die Wand gegenüber der McDonald's-Filiale mit Plakaten geschmückt und von Autonomen und UmweltschützerInnen mit Bauchladen Flugzettel und Papiermache-Hamburger verteilt. Für Aufregung sorgte lediglich der Filialeiter der Linzer Kotzstätte, der mehrmals mit der Polizei drohte. Ein Mann in Grün fühlte sich denn auch bemüßigt, Namen und Daten der AktivistInnen aufzunehmen. Insgesamt war das Interesse der PassantInnen und Fast-Food-"GenießerInnen" nicht übermäßig.

Zwei Tage später überraschten in Wien zwei Vermummte mit einer Aktion. Im Lokal Mariahilferstraße wurde ein Kübel mit Innereien und Blut ausgeleert und in Flugblättern zum Boykott aufgerufen. Noch ehe die Polizei erschien, waren die AktivistInnen verschwunden.

Quellen:

McDonald's informiert
 "Das Brot des Siegers", Peter Heller, Lamuv-Verlag, Bornheim 1986
 "Umweltlexikon", Katalyse Umweltgruppe, KiWi, Köln 1985

McDonald's informiert:

McDonald's ist für die Abholzung der tropischen Regenwälder zugunsten von Weideflächen für Rinder nicht mitverantwortlich.

McDonald's hat sich die Verpflichtung auferlegt, umweltbewußt in allen Bereichen seines Restaurantsystems zu agieren. Teil dieser Verpflichtung ist es, in jedem Land, in dem McDonald's Restaurants ihre Produkte anbieten, nur Rindfleisch zu verwenden, das in diesem Land erzeugt und verarbeitet wurde. Nur in Länder, die über keine eigene Rindfleischerzeugung verfügen, wird Rindfleisch aus anderen Ländern von autorisierten McDonald's Lieferanten eingeführt.

McDonald's hat es nicht zugelassen, und wird auch in Zukunft nicht akzeptieren, daß Regenwälder für die Erzeugung des bei McDonald's verwendeten Rindfleisches zerstört werden. Weder in der Vergangenheit und Gegenwart, noch in der Zukunft hat und wird McDonald's in seinen Restaurants die Verwendung von Rindfleisch aus Regenwaldgebieten, oder kürzlich gerodeten Regenwäldern zulassen. Die Einhaltung dieser Verpflichtung durch die McDonald's Lieferanten gilt weltweit und wird laufen kontrolliert.

Mit jedem McDonald's Lieferanten, der von diesen Grundsätzen abweicht, oder nicht beweisen kann, daß er diesen Grundsätzen entspricht, wird die Geschäftsbeziehung sofort abgebrochen.

In Österreich wird ausschließlich österreichisches Rindfleisch verwendet.

McDonald's ist für Importe von Futtermittel (z. B.: Soja) aus Dritte-Welt-Ländern nicht mitverantwortlich.

McDonald's besitzt weltweit keine eigene Rinderzucht, keine fleischverarbeitende Betriebe und keine eigenen Anbauflächen. Nach Aussage seines Fleischlieferanten, Vieh und Fleisch, in Linz, verarbeitet dieser fast ausschließlich Fleisch von Kühen und Färsen, die im wesentlichen mit einheimischen Futter aufgezogen werden.

McDonald's Verpackungen sind nicht umweltschädigend.

McDonald's Verpackungen bestehen zu etwa 2/3 aus Papier und Pappe

- bitte wenden -

83), war sofort ein Gegenflugblatt zur Stelle, das alle Anschuldigungen als Lügen "entlarvte". Unter anderem heißt es da:

McDonald's ist für die Abholzung der tropischen Regenwälder zugunsten von Weideflächen für Rinder nicht mitverantwortlich

"...Weder in der Vergangenheit und Gegenwart, noch in der Zukunft hat und wird McDonald's in seinen Restaurants die

Ursprung. So zum Beispiel die Aussage Sergio Quintanas von der Cooperative Montecillos, Costa Rica: "Wir exportieren 95% unserer Produktion in die Vereinigten Staaten.... Wir versorgen McDonald's, Burger King und auch Wendy's, die kaufen auch unser Fleisch." Und Alberto Amador, Präsident des Vereines für Rinderzucht von Costa Rica, bestätigt: "Burger King, McDonald's, Wendy's. Die Nordamerika-

"Wackersdorf pennt – Temelin brennt"

Am 24. und 25. Oktober beehrte CSSR-Ministerpräsident Ladislav Adamec Österreich mit einem Staatsbesuch, in dessen Zuge das "Informationsabkommen in Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz" unterzeichnet werden sollte.

(TATblatt-Wien)

Schon am Flugplatz wurde Adamec von einer Kundgebung gegen das tschechoslowakische Riesen-AKW Temelin, das derzeit unweit der österreichischen Grenze gebaut wird, empfangen. Ein fahrbares Kraftwerksmodell stellte klar: "Kein CSSRnobył an Österreichs Grenzen!" (Anderswo schon?, Anm. der Tipperin)

Auch bei seinem Rendezvous am Ballhausplatz sollte der Ministerpräsident nicht einsam bleiben. Eine Gruppe von Leuten wollte eine symbolische Aktion setzen, um darauf hinzuweisen, daß auch das "beste Informationsabkommen" nicht vor Strahlung schützt. Doch leider war die österreichische Exekutive so besorgt um das Wohl des hohen Herrn, daß die Demo etwas ins Abseits geriet und Adamec sich seiner Popularität in Österreich wohl nicht richtig bewußt wurde.

So fand denn auf grüner Wiese unter strahlendem Sonnenschein und dem gütigen Blick Erzherzog Karls (und dem wachsamen Auge der Staatspolizei) die feierliche Verbrennung der Wackersdorf-Transparenze statt, um den Blick auf die "neue Gefahr", Temelin, freizugeben.

Das dieser Art kritisierte Abkommen zwischen der CSSR und Österreich sollte eine Information des jeweils anderen Landes bei einem etwaigen Störfall in einer atomaren Anlage sichern. Doch ist der Vertrag so verfaßt, daß schon eine Katastrophe passieren muß, um eine gegenseitige Information zu sichern. So muß zB erst dann eine Meldung ans Vertragsland erfolgen, wenn "Maßnahmen zum Schutz der eigenen Bevölkerung" getroffen werden. Wurde schon das Umgehen der österreichischen Regierung mit der radioaktiven Belastung im Fall Tschernobyl von kompetenten Menschen kritisiert, so sieht's in der CSSR noch schlimmer aus: Dort liegt der Grenzwert für die Jahreshöchstbelastung ca 150mal so hoch, wie in Österreich.

Dann heißt's noch: "... in dessen Folge es zu einer Freisetzung radioaktiver Stoffe über die Grenzen hinweg kommt oder kommen kann." Bei maximaler Auslegung hieße das, daß es zu einer Information des Vertragspartners/der Vertragspartnerin kommt, wenn die radioaktiven Teilchen gerade die Grenze passieren (und die sind ziemlich g'schwind).

Aber selbst dann müssen die werten Bürger und Bürgerinnen noch nichts von der "schwebenden" Gefahr erfahren. Denn im Artikel 9 steht's geschrieben: Die Öff-

entlichkeit wird nur dann informiert, wenn das andere Land nichts dagegen hat. Na, vielleicht erfahren wir's dann hinterher.

Die AktivistInnen kritisieren jedoch ein solches Abkommen prinzipiell. In ihren Augen dient es nur dazu, den Bau und Betrieb von Temelin (und anderen atomaren Anlagen) sicherzustellen. Sie fordern daher die österreichische Bundesregierung auf, aktiv gegen alle tschechoslowakischen AKWs einzutreten und schlagen vor, der CSSR beim Ausstieg aus der Nukleartechnologie zu helfen. Sie verlangen von der Regierung, Stellung zu beziehen und konkrete Schritte zu setzen, um es nicht bei reinen Lippenbekenntnissen gegen die Atomkraft

zu belassen. Als erste Maßnahme soll Österreich eine Studie über wirksame Energiesparmaßnahmen in der CSSR finanzieren.



Satan vor Wien?

Offener Brief der »Interessensgemeinschaft österreichischer Autoren« an den Wiener Bürgermeister Zilk und den Hauptverband des österreichischen Buchhandels, vom 22. 10. 1989

betrifft: Ausstellungsverbot der deutschsprachigen Ausgabe der Satanischen Verse Salman Rushdies bei der 42. österreichischen Buchwoche vom 26. 10. bis 31. 10. 1989 im Wiener Rathaus.

"Wir nehmen die versuchsweise Einführung des Islamischen Rechts in Österreich durch das uns von Ihnen am 20. 10. 89 telefonsich erteilte »strikte Ausstellungsverbot« der u.a. auch von der IG

Autoren mitherausgegebenen deutschsprachigen Ausgabe der Satanischen Verse zur Kenntnis und empfehlen zur weiteren Auswahl unseren Katalog.

Mit den besten Empfehlungen

Gerhard Ruiss,
Johannes A. Vyoral
IG Autoren."

PyhrnautobahngegnerInnen kaufen Autobahngrundstück in der Steiermark

(PyhrnautobahngegnerInnen)

Nach dem Grundkauf für den Nationalpark nun auch Schutzkauf an der Pyhrn!

Bei einer Enteignungsverhandlung am 17. 10. 89 in Mautern/Steiermark überraschte der Grundeigentümer Ing Gerald Draxl indem er verlaublich, daß er seinen Grund an insgesamt 25 Personen und Organisationen verkauft habe. Unter den KäuferInnen des Grundstücks auf der geplanten Pyhrnautobahntrasse sind unter anderen: Bernd Lötsch, Marianne und Walter Geyer, das Forum Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz, das Ökologieinstitut, FMB, VCÖ, Österreichischer Naturschutzbund, ÖH-BOKU sowie Global 2000.

Zweck der Grundkaufaktion ist es, die betroffenen Bauern und Bäuerinnen in ihrem Kampf gegen die Pyhrn zu unterstützen und die Enteignungspraktiken der Pyhrnautobahngesellschaft in Hinkunft im Lichte der Öffentlichkeit aufzuzeigen.

Am Freitag, den 20. 10. 89 wird die Grundverkehrskommission über die Eintragung ins Grundbuch entscheiden.

Sollte wider Erwarten der Bescheid negativ ausfallen, werden die KäuferInnen alle rechtlichen Mittel ausschöpfen (Verwaltungsgerichtshof).

Lieber Bahn als Autobahn jetzt auch als Studie!

(PyhrnautobahngegnerInnen, TATblatt-Wien)

Was sind die Konsequenzen, die der Ausbau der Eisenbahnstrecke am Pyhrn — bei gleichzeitiger Entschärfung der Bundesstraße und Baustop der Autobahn — oder andererseits die Fertigstellung der Autobahn und Entschärfung der Bundesstraße — bei gleichzeitigem Investitionsstopp für die Bahnstrecke — nach sich ziehen? Diese Frage beantwortet nun eine am 25. Oktober präsentierte Studie des *Instituts für Verkehrsplanung und -technik der TU Wien*, welche vom *Forum österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz* unterstützt und von der *Arbeitsgemeinschaft 'Bauern für das Kremstal'* in Auftrag gegeben worden ist. Fazit: Der Bau der Autobahn ist — im Gegensatz zu Bahn-Ausbau und Bundesstraßen-Entschärfung unwirtschaftlich.

Im Detail wurde kritisiert, daß die

Bilanz der Autobahnrechnung im Jahre 2000 mit einem Minus von 4,6 Milliarden Schilling und im Jahre 2002 immer noch mit einem Defizit von 3,2 Milliarden abschneidet. Dem gegenüber beschere der Bahnausbau zur Jahrtausendwende eine rote Zahl von 1,2 Milliarden, bereits zwei Jahrzehnte später sei jedoch ein Gewinn von 2,7 Milliarden zu verbuchen. Außerdem, so wird in der Studie weiter argumentiert, würde die Landwirtschaft bei Ausbau der Bahn bewahrt und Lärm und Schadstoffausstoß reduziert. Im Übrigen zöge eine vollausgebaute A9 eine LKW-Verkehrsbelastung in der Größenordnung der Brennerautobahn nach sich.

Friedrich Freudenreich, Sektionschef im Wirtschaftsministerium hofft aber auf alle Fälle, daß die »A9 im nächsten Jahr ohne Polizeischutz eröffnet werden kann«

Platz des Ungehorsams Der Zivildienertag am 19. Oktober

(Zeitschrift für Antimilitarismus, ARGE f Wehrdienstverweigerung, TATblatt-Wien)

200 bis 300 Zivildienertag versammelten sich am Morgen des 19. Oktobers am Wiener Heldenplatz, der in diesem Rahmen zum »Platz des Ungehorsams« umbenannt wurde. Auch 11 Zivildienertag aus einem Kärntner Grundlehrgang waren angereist.

Die acht Tore des Heldenplatz wurden für fünf Minuten geschlossen.

Das Innenministerium versuchte mit allen Mitteln, den Erfolg des Aktionstages zu verhindern. So wurden die Trägerorganisationen aufgefordert, am 19. Oktober selbst zustehende Dienstfreistellungen den Zivildienertag nicht einzuräumen. Eine Pressekonferenz der Zivildienertag, die im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands geplant war, mußte verlegt werden, nachdem Dr Stradal vom BMfi beim Dokumentationsarchiv, das ja selbst Zivildienstträger ist, intervenierte. Die Pressekonferenz fand letztlich im Republikanischen Klub statt. Viele Zivildienertag streikten aber trotz massiver Drohungen durch die Grundlehrgangleiter.



Bewegung an den Unis

Nach den Protesten gegen die Streichung der Telefongrundgebührenbefreiung für Mittellose (Einkommen unter öS 5.700), somit auch für einen Teil der Studierenden, regt sich Widerstand auch gegen katastrophale Studien- und Arbeitsbedingungen an einzelnen Instituten.

(TATblatt-Wien)

Fast 160 Studentinnen und Studenten kommen am Psychologieinstitut an der Uni Wien auf ein Mitglied des Lehrkörpers. Das bedeutet: hoffnungslos überfüllte Lehrveranstaltungen (die z.T. aus feuerpolizeilichen Gründen nicht abgehalten werden dürften), lange Wartezeiten für Zeugnisse, immer schlechtere Betreuung von Diplomarbeiten. Seminare, die eigentlich Raum für Diskussionen bieten sollten, werden wie Vorlesungen abgehalten, oder mit rigiden Teilnahmebeschränkungen versehen. Einzelne Wartelisten reichen bis ins Jahr 1992.

Forschung ist am Institut kaum mehr möglich, weil das Institutspersonal mit Verwaltungsaufgaben ausgelastet ist; die Bibliotheken sind täglich nur wenige Stunden offen. Am Institut, das für HöreInnenzahlen von 500 ausgelegt ist, aber 4400 Studierende betreuen muß, ist Lehrpersonal in den Kellerräumen unterge-

sich noch wesentlich weniger auf gerade die Zeit einstellen, zu der noch ein Platz in einer Lehrveranstaltung frei ist. Oder sich um halb fünf in der Früh um einen Platz in einer Lehrveranstaltung anstellen. Die Folge ist oft der Verlust eines Semesters und im Extremfall der Studienabbruch — die Durchschnittsstudiendauer für Psychologie ist die viertlängste aller Studien in Österreich.

Mittlerweile wurden gemeinsame Protestaktionen von Studierenden und Lehrenden am Institut initiiert. Teil davon war eine Demonstration am vergangenen Mittwoch, an der rund 500 Menschen teilnahmen.

Im Gegensatz dazu ist am Publizistik-Institut der Uni Wien ein gemeinsames Vorgehen offensichtlich nicht möglich. Auch hier ist der Platz eng; die Institutsbibliothek ist ab November ganz geschlossen. Kritische Lehrveranstaltungen werden immer mehr hinausgedrängt, räumliche,

eine stärkere Anbindung an internationale Konzerne. Zusätzlich zum bestehenden Hochschullehrgang Öffentlichkeitsarbeit, der ab 17 Uhr das Institut belegt und somit für reguläre Studien unbenutzbar macht, sollen noch weitere Hochschullehrgänge etabliert werden. So zum Beispiel eine Journalismusschule, die von den Medienkonzernen WAZ oder Bertelsmann oder auch von der Industriellenvereinigung finanziert werden soll. Als Standort ist Laxenburg im Gespräch.

Neben der Beseitigung dieser (beispielshaft aufgeführten) Mißstände in der Ausbildung bleibt die Forderung nach einer sozialen Absicherung des Studiums aufrecht. Diese muß aber einhergehen mit einem allgemeinen Widerstand gegen die soziale Umverteilung nach oben, die immer weiter forciert wird, und immer mehr Menschen ihre Lebensgrundlage entzieht. Negatives Beispiel in dieser Richtung war die Mobilisierung gegen die

Rücknahme der Telefongrundgebührenbefreiung: Während das von linken Gruppen getragene Aktionskomitee um jeden Preis versuchte, die "Standesvertretung" ÖH mit einzubeziehen, beschränkte sich diese auf verbale Zusicherungen; eine Mobilisierung seitens der ÖH fand faktisch nicht statt, die ParteifreundInnen in Wissenschafts- und Verstaatlichtenministerium könnten ja böse sein. So beschränkte sich eine Demonstration dazu auf rund 300 bis 500 TeilnehmerInnen, fast durchwegs AktivistInnen der linken Uniszene. Weder Studierende, noch andere Betroffene konnten in größerer Anzahl mobilisiert werden. Mit der dürrtigen Perspektive eines Termines für ÖH und Aktionskomitee bei Verstaatlichtenminister Streicher kann die Situation mit einem Wort charakterisiert werden: defensiv.

Vorläufig findet eine Koordinierung zwischen den betroffenen Studienrichtungen statt, mit dem Ziel, einen breiteren Widerstand über einzelne Studienrichtungen hinaus zu ermöglichen. Ein Streik ist nicht auszuschließen, andere Aktionsformen stehen aber vorläufig im Vordergrund, auch um unter den Studentinnen und Studenten eine breitere Basis zu gewinnen.



bracht; Räume für Studierende und StudentInnenvertretung existieren ohnehin nicht.

Die Situation — vergleichbar mit den Zuständen an der Wirtschaftsuniversität — ist noch am ehesten für StudentInnen tragbar, die ein "Full-Time-Studium" betreiben. Menschen, die nebenbei arbeiten oder ein Kind betreuen müssen, können

personelle und finanzielle Misere liefern Argumente für die weitere Verschulung und Verschärfung des Studienplanes. Das bedeutet auch eine inhaltliche Verschiebung hin zu mehr wirtschaftlich betonten Inhalten, vor allem Public Relations und Werbung.

Institutsvorstand Langenbacher verspricht sich von dieser Situation offenbar

Ab 1991 Steyr-Sturmgewehre in Malaysia?

Nach vielen Rückschlägen hat Österreichs Rüstungslobby wieder kräftig zugeschlagen. Ab 1991 produziert die malaysische Firma Shirikat Malaysia Explosives das STG-77 in Lizenz.

(TATblatt-Wien)

Begonnen hat alles mit einem Besuch von Außenminister Gratz 1986 in Kuala Lumpur. Neben dem Besuch der Sängerknaben in Malaysia interessierte den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dato Abang besonders der Bau unterirdischer strategischer Lager, Superdämme in den Regenwäldern der Provinz Sarawak und das STG-77, das auf der Rüstungsmesse "Defence 86" in Kuala Lumpur erstmals in einer Polizeiversion vorgestellt wurde.

Doch während die Ingenieurgemeinschaft ILF (Lässer & Feizlmeyer) inzwischen längst die Planung für die strategischen Lager beendet hat und diese auch errichtet sind, wollte das Steyer-Geschäft nicht so recht in Schwung kommen. Zum einen wurde der Gratz-Kontakt über Abang unterbrochen, da dieser in der politischen Versenkung verschwand. Im Laufe der Jahre 1987/88 räumte Premierminister Mahathir in der Regierungskoalition UMNO mit seinen GegnerInnen auf; diesen Säuberungen fiel auch Abang zum

Opfer. Andererseits sah die britische Rüstungsindustrie ihren Einfluß in der ehemaligen britischen Kolonie massiv durch zahlreiche Anbieter aus anderen Ländern gefährdet. Margaret Thatcher reiste eigens nach Malaysia und schloß im Oktober 1988 einen Super-Vertrag für die nächsten Jahrzehnte über mehr als 1,5 Mrd. Pfund (über 30 Mrd. öS) ab. Damit sicherte sich Großbritannien die Kontrolle über den Rüstungsmarkt in Malaysia.

Warum letztlich Steyr doch noch ins Geschäft kam, ist nicht bekannt. Nach dem Verkauf der Noricum an einen britischen Waffenhändler — nachdem der Export von GHN-Kanonen nach Thailand und Saudi-Arabien fixiert wurde — könnte auf eine Duldung durch die britische Regierung geschlossen werden. Ob bei dem Geschäft überhaupt etwas für Steyr herauszuschaut (die lange Reihe der Desaster österreichischer Großprojekte läßt daran zweifeln) und wer daran verdient hat, bleibt offen.

POLITISCHE FOLGEN

Der Export der in Malaysia produzierten Waffen unterliegt überhaupt keiner Kontrolle mehr, weshalb wohl bald auch Diktaturen jeder Art zugreifen werden. Potentielle Abnehmer sind die Todeschwadronen auf den Philippinen oder in Indonesien. In Malaysia sorgt ein ISA (International Security Act) dafür, daß die Opposition nicht zu oppositionell wird. Verhaftungswellen 1987/88 unter GewerkschaftsvertreterInnen, Bürgerrechts- und Umweltgruppen und oppositionellen Parlamentsparteien gaben einen Eindruck von der speziellen Art von Demokratie à la Mahathir. Zahlreiche Staudammprojekte sind durch den Widerstand der Bevölkerung auf Eis gelegt, die UreinwohnerInnen Sarawaks blockieren Holzfällertrupps in den Regenwäldern. Das Szenario österreichischer Waffen im Einsatz für Staudämme, von österreichischen Firmen gebaut, und Tropenholztransporte nach Österreich ist alles andere als unwahrscheinlich.

Demo gegen den blutigen Terror in Kosovo

Am 21. Oktober demonstrierten mehrere hundert albanische »FremdarbeiterInnen« aus Kosovo (»autonome« Provinz in Südjugoslawien) in Wien gegen die Terror-Herrschaft der nationalistischen Regierung Serbien.

(TATblatt-Wien, Flugblatt der »Volksbewegung für die Republik Kosovo«)

Die über 2 Millionen AlbanerInnen (zahlenmäßig drittstärkste Nation in Jugoslawien) »genossen« bis zum 24. März dieses Jahres die Rechte einer halb-autonomen Provinz und entsprechend eine beschränkte Selbstverwaltung unter der Republik Serbien. Sie forderten und fordern Brot, Arbeit, Freiheit und Republikstatus für Kosovo. Anstatt diese Forderungen anzuerkennen, entschied die Regierung Serbiens die Halbautonomie Kosovos mit Gewalt zurückzuschrauben.

Der Ausnahmezustand wurde vom Staatspräsidium (unter dem serbischen Diktat) verfassungswidrig verhängt. Dadurch wollte die großserbische Regierung der Republik Serbien eine neue unitarische (einigende) und kolonialistische Verfassung aufzwingen, was auch geschehen ist.

Seitdem der Ausnahmezustand verhängt wurde, sind ca 200 AlbanerInnen von Polizei und Militär erschossen worden (unter ihnen auch Kinder und Frauen). Tausende wurden verhaftet und werden bestialisch gefoltert. Hauptsächlich albanische Intellektuelle, BetriebsleiterInnen, und FunktionärInnen wurden »isoliert« und gefoltert. Tausende wurden von der Arbeit (wegen Teilnahme am Generalstreik) entfernt und mit Berufsverbot belegt, sowie verhaftet.

Jetzt wird die aufgezwungene serbische Verfassung auf Kosovo angewandt. Ca 11.000 albanische SchülerInnen, die die 8jährige Grundschule besucht haben, können nicht mehr in die Mittelschule gehen. Tausende von Studienplätzen für albanische StudentInnen werden gestrichen. Die Bergwerke, Kohlenkraftwerke und anderen großen Betriebe werden direkt von serbischen »Spezialisten« gelei-

tet. Dadurch will die serbische Regierung Kosovo und die albanische Bevölkerung noch mehr ausbeuten.

Die Demonstration am 21. Oktober war ein Zeichen der Solidarität mit dem Widerstand der albanischen Bevölkerung. Die Situation ist derzeit ziemlich explosiv. »Die albanische Bevölkerung duldet die schlimmsten chauvinistischen Beschimpfungen und Erniedrigungen, nur um einen Bürgerkrieg zu vermeiden.«, heißt es im Flugblatt, »Aber auch diese Geduld kann zu Ende gehen...«

Die Forderungen der Demo:

—Der Ausnahmezustand über Kosovo muß sofort aufgehoben werden.

—Der blutige Terror und die Massenverhaftungen müssen aufhören,

—Kosovo muß den Republikstatus zuerkannt bekommen.

—Es leben alle freiheitsliebenden Völker der Welt!

ISDN

der Schritt zur digitalisierten Herrschaft

Über die Umgestaltungspläne der Post und dessen Folgen

Die Telekommunikations- und Informationseinrichtungen der "zivilisierten" Länder befinden sich gerade in einem Veränderungsprozeß, dessen Auswirkungen unsere Gesellschaft bedeutend verändern werden. Doch dieser Vorgang der Umstrukturierung geht an der Öffentlichkeit, auch an der linken, fast völlig unbemerkt vorbei. Das große Schlagwort für die geplante Veränderung des Telekommunikations- und Informationsbereiches ist ISDN. In diesem ersten Teil des zweiteiligen Artikels sollen die technisch-theoretischen Grundlagen und die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen von ISDN näher beschrieben werden.

WAS IST ISDN ?

ISDN (Integrated Services Digital Network) bedeutet digitalisiertes Fernmeldenetz für integrierte Dienste. Derzeit gibt es in Österreich zwei verschiedene, voneinander getrennte Fernmeldenetze für unterschiedliche Zwecke. Es existiert einerseits das analoge Fernsprechnetz (ca. 2,6 Millionen Fernsprechhauptanschlüsse in Österreich) über das das Fernsprechen (Telefon), die Datenübermittlung per Modem, das Fernkopieren (Telefax) und der Zugang für Bildschirmtext (Btx) ermöglicht werden. Weiters gibt es das integrierte Fernschreib- und Datennetz das folgende Dienste umfaßt. Telex (Übermittlung von Fernschreiben), Teletex, leitungsvermittelte Datendienste und paketvermittelte Datendienste. Die Anzahl der TeilnehmerInnenanschlüsse des integrierten Fernschreib- und Datennetzes beträgt weniger als 2% der Fernsprechanchlüsse. Und diese zwei voneinander unabhängigen Netze sollen zu einem digitalen (derzeit noch analog), diensteintegrierten Universalnetz, eben ISDN, zusammengefaßt werden.

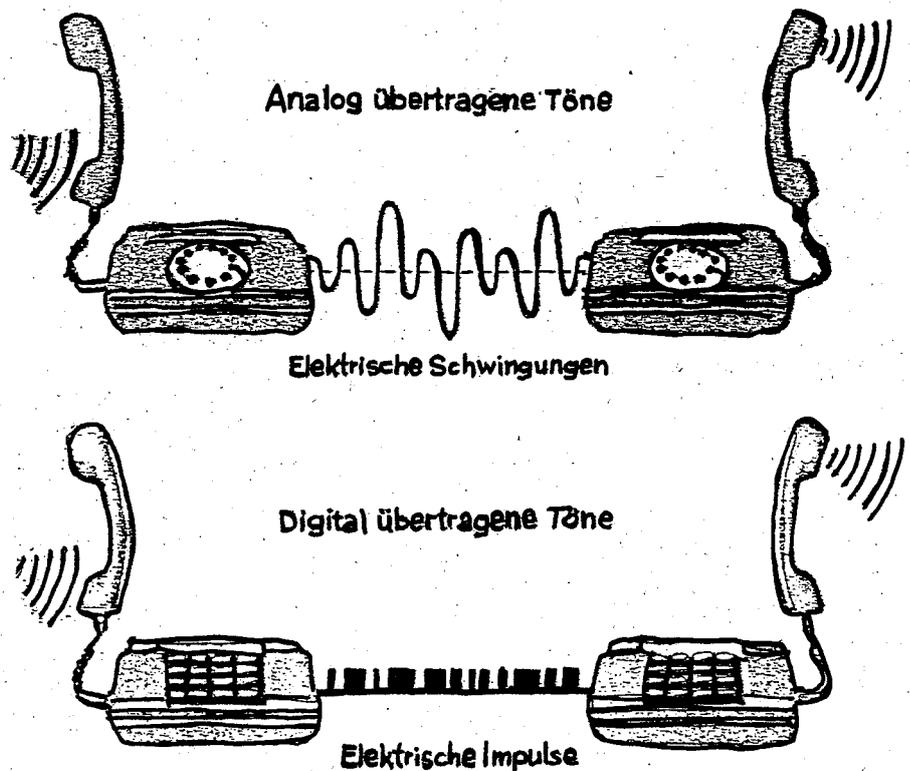
Die Verwirklichung von ISDN läuft in vier Schritten ab, doch diese vier Schritte ziehen sich über Jahre wenn nicht über Jahrzehnte hinweg.

1. COMPUTERISIERUNG DES FERNSPRECHNETZES

Computerisiert werden hierbei die Orts- und Fernvermittlungsstellen, durch Einsatz speicherprogrammierter Vermittlungstechnik. Das bedeutet, daß die beim Telefonieren gewählte Zielnummer nicht mehr einzeln durchgeschaltet wird, sondern daß sie als ganzes durchgeschaltet und dabei gespeichert (!) wird.

2. DIGITALISIERUNG DES FERNSPRECHNETZES

Der zweite Schritt ist die Digitalisierung der Sprachübertragung. Dabei wird die bisher analoge Übertragungstechnik der Schallwellen durch die digitale Übertragungstechnik ersetzt. (siehe Zeichnung)



Bei der analogen Übertragung werden Schallwellen kontinuierlich und formgetreu in elektrische Schwingungen umgewandelt.

Hingegen bei der digitalen Übertragungstechnik werden die analogen Sprachsignale am Ursprungsort in digitale (0-) Werte umgewandelt.

3. SCHMALBAND- ISDN

Bei diesem Schritt werden alle schmalbandigen Dienste (Telex, Teletex, leitungs- und paketvermittelte Datendienste) in das Fernsprechnetz integriert. Die bisherige Anschlußleitung der Teilnehmerin/des Teilnehmers wird in einen digitalen Netzanschluß und eine "Kommunikations-

steckdose" umgewandelt. An diese "Kommunikationssteckdose" können bis zu acht Endgeräte (Telefon, Computer...) angeschlossen werden. Durch die speicherprogrammierte Vermittlungstechnik (siehe 1.) in Verbindung mit der nun digitalen Anschlußleitung und neuen Endgeräten ergeben sich neue Dienstmerkmale wie z.B. das Registrieren der Nummer der rufenden Teilnehmerin/ des rufenden Teilnehmers oder die detaillierte Gebührenabrechnung (wer, wann, mit wem)

4. BREITBAND-ISDN

Dieser letzte Ausbauschritt ermöglicht Breitbanddienste wie etwa Videokonferenzen, sehr schnelle Datenübertragung oder etwa Bildfernsehen. Die Voraussetzung für die Integration dieser Dienste ist die Glasfaserkabeltechnik. Glasfaserkabel ermöglichen sehr hohe Übertragungsbroadbreiten und sind unempfindlich gegen elektromagnetische Störungsimpulse wie sie u.a. auch bei Atombombenexplosionen entstehen. Weiters muß neben der Glasfaseranschlußleitung noch die Vermittlungstechnik auf sogenannte breitbandige Koppelfelder umgestellt werden. Und Hörfunk und Fernsehen sollen/können auch mittels Breitband-ISDN ins Fernsprechnetz eingebunden werden.

Mit dem Abschluß dieser letzten Erweiterung wird das entstandene Fernmeldenetz als Integriertes Breitbandiges Fernmeldenetz (IBFN) bezeichnet.

Durch diesen Umbau der Infrastruktur im Telekommunikations- und Informationsbereich werden Weichen für eine künftige Informationsgesellschaft gestellt, die nicht ohne Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft bleiben können.

GESELLSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN VON ISDN

Mit ISDN wird die technische Grundlage für eine umfassende Computerisierung und Telematisierung der Gesellschaft geschaffen. Je mehr die geschäftliche, private und gesellschaftliche Arbeit und Kommunikation auf dieses Netz und seine Endgeräte verlagert wird, desto mehr wird sie kontrolliert, normiert, und abhängig vom Funktionieren dieser Technik.

RATIONALISIERUNG

Über zwischenbetriebliche Vernetzung und eine durch ISDN bedingte Normung der Endgeräte wird der Nachrichtenaustausch zwischen Betrieben, Filialen, Produzenten und Zulieferern etc. erheblich erleichtert. Z.B. kann zwischenbetriebliches Bestellwesen rein elektronisch abgewickelt werden: vom Firmencomputer A direkt in den Firmenc

B. Das bedeutet Arbeitsplatzverluste in beiden Betrieben. Somit kommt ISDN den Bestrebungen nach Rationalisierungsmaßnahmen sicher nicht ungünstig. ISDN ist zwar nicht die einzige und wichtigste Voraussetzung für Rationalisierungen, doch durch ISDN wird die Einsparung von Arbeitskräften wesentlich erleichtert.

Außerdem wird durch das Einführen von Teledienstleistungen bezahlte Arbeit in unbezahlte umgewandelt, zum Teil müssen sogar noch Gebühren bezahlt werden. Wenn angenommen ein Bankangestellter seine Reisebuchung und eine Reisebüroangestellte ihre Banküberweisung von ihren Heimterminals aus erledigen, tragen sie zur Vernichtung des jeweils anderen Arbeitsplatzes bei.

TELEHEIMARBEIT

Teleheimarbeit kann in großem Maße eingeführt werden: Schreib- und Programmierarbeit auf Abruf. Für UnternehmerInnen wird es besonders attraktiv sein, die Leutè (es werden vor allem wahrscheinlich Frauen sein) als "Selbstständige" für sich arbeiten zu lassen. Die Kosten für Arbeitsplatzausstattung, Lohnfortzahlung bei Krankheit und Urlaub, Sozial- und Krankenversicherung können eingespart werden. Außerdem entfallen lästige Solidarisierungsangelegenheiten mit KollegInnen und betriebliche Mitbestimmung.

HERRSCHAFT UND ÜBERWACHUNG

Die Verlagerung von Alltagsaktivitäten auf die "technische Kommunikation" erfaßt eine derartige Vielzahl an personenbezogenen Daten, daß kostengünstige Totalkontrollen möglich werden. Eine Erfassung und Auswertung der elektronischen Kommunikationsströme stellt ausreichende Daten für Kontrolle und Steuerung gesellschaftlicher Veränderungen bereit. Ein erschreckendes und eindrucksvolles Beispiel für Kontrolle ist die Möglichkeit, über ISDN eine gesuchte Person dadurch zu finden, indem alle Gespräche mit dem "Stimmpektrum" der gesuchten Person verglichen werden und beim Auffinden vom Prüfprogramm sofort jeder Telefonanschluß gemeldet wird, von dem aus die Person gesprochen hat (in der BRD archiviert das Bundeskriminalamt bereits in großer Zahl Stimmproben). In Kombination mit computerlesbaren Identitätskarten (Ausweis oder Scheckkarte) wird die Identifikation bei "Netzberührung" zur Routineprüfung, die Kontrolle jedoch total.

Außerdem ist ISDN eine hochkomplexe, sensible und schwer überschaubare Groß-

technologie. Und diese Sensibilität dieses wirtschaftlich bedeutenden Systems wird einen Ausbau des Überwachungsstaats, wie es das Beispiel der Atomkraftwerke zeigt, begründen.

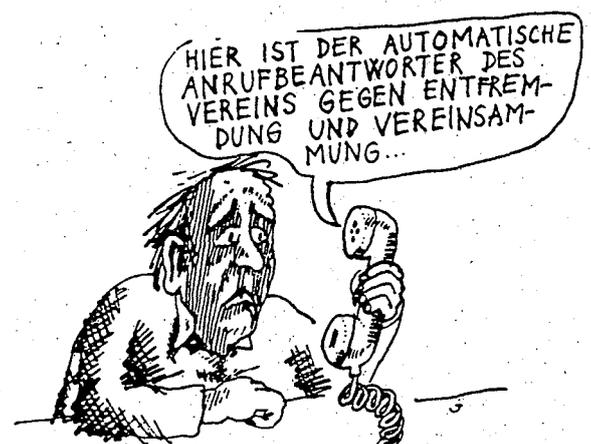
SOZIALPSYCHOLOGISCHE UND KULTURELLE FOLGEN

Die Intensivierung der Telekommunikation im individuellen und gesellschaftlichen Bereich wird unsere schon heute angeknackste Kommunikationsstruktur völlig verändern. Die Benützung von Tele-Dienstleistungen wie Bildtelefon, Videokonferenzen oder Mailbox schmälert oder ersetzt die direkte zwischenmenschliche Kommunikation. Die Kommunikation wird auf ihre zweckrationalen Anteile reduziert und somit ihres lebendigen Anteils beraubt. Es entsteht sozusagen eine zweite Realität, die als wahre empfunden wird. Gutes Beispiel hierfür ist das vielbenützte Mailboxsystem in Frankreich. Kontakte und Beziehungen werden über Computer geknüpft und aufgebaut und gehen über Computer auch wieder in die Brüche. Und bei diesem Vorgang sieht mensch einander nicht und berührt einander nicht; mensch hat nur schriftlichen Kontakt.

Doch unvermittelte, persönliche Kommunikation ist für unsere individuelle und gesellschaftliche Existenz von elementarer Bedeutung, und sie kann auch nicht durch die best entwickelte Telekommunikationstechnik ersetzt werden.

Im nächsten Teil dieses Artikels sollen die Fragen geklärt werden, wer überhaupt Interesse an ISDN hat, wie die Entwicklung von ISDN in Österreich ausschaut und ob es Ansätze für Widerstand gibt/geben soll.

Quellen: Graswurzelrevolution Nr. 132 und 133, Freizeichen Nr. 2/87, Materialien zum Forum "Wer soll uns verraten- unsere Daten" am 4./5. Juni 1988 in Berlin



"Glauben Sie, daß wir im Luxus leben ?"

Der UNO-Flüchtlingsfonds verteilt Subventionen an Flüchtlinge, die sich aus einem "verlorenen Zuschuß" und einem Kredit zusammensetzen. Der Kredit ist terminisiert; die Flüchtlinge müssen ihn auch dann zurückzahlen, wenn sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage am Existenzminimum leben. So will es jedenfalls der Flüchtlingsfonds – können die Flüchtlinge nicht zahlen, werden sie ohne Bedenken gepfändet. Mehrdad Haghigat, iranischer Konventionsflüchtling in Wien, wehrt sich gegen diese sonderbare Art der Unterstützung, unter anderem im nachstehenden offenen Brief.

Offener Brief an den Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen Wien

Ich habe 1988 vom Flüchtlingsfonds der UNO Geld bekommen, das ich unter meinen gegenwärtigen Umständen nicht zurückzahlen kann. Jetzt wird mit Pfändung gedroht!

Am 3. August 1989 habe ich den ersten drohenden Brief von Ihrer Organisation mit dem Namen "Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen Wien" erhalten, die angeblich die Verantwortung für die Flüchtlinge, deren Verteidigung und Schutz übernommen hat ?? Die den Flüchtlingen eine sicherere und bessere Lebensmöglichkeit als in ihrer Heimat vorbereiten sollte !? Auf die sich die Flüchtlinge verlassen könnten !?

Ich habe am 12. August meine schriftliche Antwort hingeschickt und ihnen erklärt, daß ich überhaupt nicht in der Lage bin, die geforderte Summe zurückzahlen. Am 10. Oktober habe ich wieder einen Drohbrief als Antwort von Ihnen bekommen.

Jetzt möchte ich mich vor allem selbst scharf kritisieren, weil ich mir über die UNO solche Illusionen gemacht habe.

Überall wird lauthals verbreitet, wie sie sich um die Flüchtlinge bemüht, wie sie sich in die Situation der Flüchtlinge hineinversetzt und sich dazu verpflichtet, wohlwollend zu helfen. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man derart wohlklingende Phrasen einfach verbreiten kann, an die man selbst nicht glaubt. Sie drohen mir, mein Eigentum zu pfänden! Was stellen sie sich eigentlich vor ? Glauben sie, daß wir im Luxus leben ? Seitdem ich als Flüchtling im Ausland lebe, weiß ich überhaupt nicht mehr, was dieses Wort "Eigentum" bedeutet. Wir benutzen alles, was Sie und andere Menschen wegwerfen wollen: Fernseher um 200 S, Waschmaschine um 700 S, Bett um 100 S, Möbel um 400 S usw. Ist es nicht schändlich, daß man solche Sachen pfänden will ?

Ich möchte nun im folgenden die ganze Situation, wie es zu diesen Briefen kam, und meine derzeitige Lage darstellen:

Ich bin seit etwa 2 1/2 Jahren in Österreich und wurde, nachdem ich durch die UNO gekommen war und wichtige Fluchtgründe hatte, innerhalb von drei Monaten

als politischer Flüchtling anerkannt. Den Österreichern gegenüber bin ich sehr dankbar, daß sie mich aufnahmen und überhaupt solche Möglichkeiten für uns vorbereiteten. Ich bemühte mich, so rasch wie möglich die deutsche Sprache zu erlernen, weil ich nie in meinem Leben wie ein Parasit lebte und das auch nie will. Es ist meine Pflicht als Mensch, aktiv und positiv zu sein. Aber in der Zeit, in der ich in Österreich lebe, glaube ich manchmal, daß ich irgendwie gezwungen werde, passiv und negativ zu werden (Anm. des Tipplers: So wie die ÖsterreicherInnen eben...). Man will mich zum Betteln, Betteln und Flehen zwingen, was ich nie getan habe und auch nie tun werde. Falls ich mich in meiner Heimat vor jemandem hätte verbeugen wollen oder können, wäre es Khomeini gewesen, und ich wäre nicht geflüchtet. Das bedeutet, ich kämpfte immer gegen das Unrecht und werde dies auch weiter tun. Meiner Meinung nach ist das die Pflicht jedes bewußten Menschen.

Zumindest hätte man mich fragen können, warum ich keine einzige Rate einzahlen konnte! Ich wiederhole, daß sie die Verantwortung für die Flüchtlinge tragen. Deshalb werde ich ihnen und der Öffentlichkeit meine Gründe erklären. Hoffentlich interessieren auch Sie sich dafür. Wie ich erfahren habe, hat jeder anerkannte Flüchtling Anspruch auf eine Wohnung oder eine Wohnbeihilfe, die zwischen öS 25.000 und öS 50.000 liegt. (Wenn das nicht stimmt, sind Sie schuld an der Fehlinformation, weil wir überhaupt nichts genaues über unsere Rechte erfahren.) Aufgrund unlogischer Bestimmungen muß man zuerst eine Wohnung finden und einen Wohnungsvertrag unter eigenem Namen abschließen. Ungefähr acht Monate später kann ein Flüchtling dann die Beihilfe erhalten. Ehrlich gesagt, ich finde dieses Vorgehen lächerlich. Haben Sie sich jemals gefragt, woher und wie der arme Flüchtling zu dem Geld kommen soll ? Oder ist es Ihnen egal ?

Ich habe nach langer Suche, die fast drei Monate dauerte (und ich war auch obdachlos und mußte da und dort übernachten) durch österreichische Bekannte eine

Wohnung bekommen. Ich wußte nicht, wie hoch die Wohnbeihilfe sein würde, und es wurde mir versprochen, daß der Vermieter zwei Monate auf den Rest des Geldes warten könnte. Ich wurde sogar nicht einmal verständigt, wie hoch die Wohnbeihilfe ist, obwohl ich oft und von Beginn an diese wichtige Frage gestellt habe!

Nachdem die Wohnung auch eine gründliche Renovierung benötigte, mußte ich mir noch weiteres Geld dafür ausborgen. So sind mir meine Schulden auf einmal zuviel geworden (öS 75.000). Und alles für eine Wohnung, die man unbedingt zu Leben benötigt! Finden Sie das nicht tragisch ? Ein Flüchtling, der fast zwei Jahre lang da und dort privat gewohnt hat, muß sich plötzlich mit einem großen Wohnungsproblem beschäftigen und sich dabei verschulden. Alles das wurde von mir so gemacht, weil ich mir Illusionen über Sie und Ihr Amt gemacht habe. Ich dachte, daß sie unser Schutzengel sind und wir uns einfach auf Sie und Ihr Amt verlassen können. Es war das erste Mal, daß ich Ihr Amt um etwas gebeten habe, und ich glaube, mit diesem schönen Ende und Ergebnis war es auch das letzte Mal.

Zur Zeit habe ich öS 24.500 Schulden, und die Wohnung ist noch lange nicht fertig. Ich habe noch in den Fenstern Papier statt Glas, ich habe noch kein richtiges Bett, keine einfachen Möbel und keinen Teppich oder Bodenbelag. Ich schlafe und sitze noch auf dem Boden. Ein menschenwürdiges Leben ? Aber Wohnen sieht anders aus! Haben Sie auch so eine Situation zu Hause ?

Ich habe alle mögliche Wege versucht, die Probleme zu lösen. Ich z.B. im Bezirksamt bei der Chefin des Sozialreferats und in der Bezirks-SPÖ bei Herrn Dr. Fritz Honay vorgesprochen. Aber es gab keine Möglichkeit, mit zu helfen. Die Antwort der Chefin des Sozialreferats war sehr interessant und klug: Sie antwortete, daß in meinem Wohnungsvertrag nichts von einer Renovierung steht! Ich wollte sogar einen Kredit aufnehmen. Aber ein Ausländer, der Flüchtling ist ? Es geht einfach nicht !!

In dieser Situation, als ich nur mehr mit

Beruhigungstabletten einschlafen konnte, habe ich alles, was mir vorgelegt wurde, unterschrieben. Ich hatte einfach keine andere Wahl!

Der erste Zwang war die Flucht ins Ausland, der zweite — dort, wo man sich freier fühlen sollte — war und ist noch immer, blind und ohne eine einzige Frage zu gehorchen und alles über sich ergehen zu lassen.

Weil mir wieder keine andere Wahl bleiben wird. Weil ich durch Ihre Aufnahme und Ihre Flüchtlingsfreundlichkeit das Ende meines Lebens erreicht habe. Weil ich noch nie in meinem Leben so arm und hilflos war. Weil ich nichts zu verlieren habe. Was ich momentan habe, ist überhaupt kein Leben.

Es gibt bei uns ein Sprichwort: "Wie kann man Haare aus der Handfläche ziehen?" Wie Sie wollen! Entweder komme ich als politischer Flüchtling zu meinem Recht oder es werden "die Haare aus meiner Handfläche gezogen".

Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß dafür, was aus meinem Leben in Zukunft wird, Sie und Ihr Amt die Verantwortung tragen, und ich tue alles, was ich behaupte. Weil mir wieder keine andere Wahl bleiben wird. Weil ich durch Ihre Aufnahme und Ihre Flüchtlingsfreundlichkeit das Ende meines Lebens erreicht habe. Weil ich noch nie in meinem Leben so arm und hilflos war. Weil ich nichts zu verlieren habe. Was ich momentan habe, ist überhaupt kein Leben. Weil ich noch immer nur mit Beruhigungstabletten einschlafen kann. Weil ich lebendig aus dem Khomeini-Gefängnis entkommen bin, wo man in drei Minuten zum Tode verurteilt wird. Wo man durch die primitivsten Instrumente gefoltert wird. Wo die Despoten und Henker des Mittelalters herrschen. Wo man die heutigen Hitler findet. Wo die Mädchen vor der Hinrichtung vergewaltigt werden müssen.

Das ist überhaupt nicht mein ganzer Lebenslauf, sondern nur der Teil davon, den ich in Österreich unter Ihrem Schutz verbracht habe. Da wir Flüchtlinge keine Lobby haben und nur über einen geringen Organisationsgrad verfügen, sieht unsere Situation so trist aus. Ich hoffe, daß sich das in Zukunft durch die Freundschaft der Menschen ändert.

Zum Schluß möchte ich Ihnen und allen eine Frage stellen: Das ist die Situation eines anerkannten politischen Flüchtlings — was wird eigentlich aus dem Leben der Asylwerber?

Wien, am 14. Oktober 1989,
Mehrdad HAGHIGAT

Kopien dieses Briefes ergehen an 50 mit Flüchtlingsfragen befaßte Organisationen, Institutionen und Personen, sowie an die Medien.

Außer Landes geprügelt

(TATblatt-Wien)

Praktisch unter den Augen der Innenminister von BRD, Schweiz, Frankreich, Italien und Österreich sollten Vergangenen Dienstag 21 Angehörige der türkischen Minderheit in Bulgarien von der Polizei außer Landes geprügelt werden.

Eine Mitarbeiterin des Flughafensozialdienstes hatte Dienstag Nachmittags beobachtet, wie die Flüchtlinge von Polizeibeamten an Armen und Beinen aus dem Transitraum des Flughafens gezerrt und in eine Maschine mit dem Ziel Sophia verfrachtet werden sollten. Interventionen im Innenministerium konnten die Abschiebung der Flüchtlinge aber vorerst verhindern. Die Betroffenen müssen nun, wie Ministersekretär Matzka VertreterInnen der IGARA gegenüber erklärte, das Ergebnis des Asylschnellverfahrens im Transitraum abwarten. Nach Auskunft Matzkas wollten die 21 Personen ursprünglich in die Türkei reisen, scheiterten aber an den für Bulgarienflichtlinge seit kurzem dichten Grenzen ihres Ziellandes. In der Hoffnung, doch noch irgendwie in die Türkei zu gelangen, bestiegen sie die Linienmaschine nach Wien, wo sich dann eingingangs beschriebene Szenen abspielten. Die schließlich rückgängig gemachte "Zurückweisung" der Flüchtlinge an der Grenzstelle in Schwechat begründete Matzka damit, daß diese weder über ein Rückreiseticket noch über ausreichend Bargeld verfügten hätten und selbst die Genfer Flüchtlingskonvention in einem solchen Fall die Zurückweisung an der Grenze vorsehe (was aber von anwesenden Anwälten auf das heftigste dementiert wurde). Für den Fall, daß das Schnellverfahren zur Prüfung des Asylantrags der türkischstämmigen BulgariInnen, die in ihrer Heimat allein ihrer Volkszugehörigkeit wegen verfolgt werden, keine Gründe für eine Anerkennung als Flüchtlinge gemäß der Genfer Konvention erbringen sollte, kündigte Matzka die sofortige Exekution der "Zurückstellung", also die gewaltsame Ausweisung der betroffenen Personen an, "da die bulgarische Welle für uns etwas Neues ist und wir dagegen etwas tun müssen" (O-ton Matzka; ehemaliges "linkes Aushängeschild" der jungen Generation in der SPÖ). Sollten die betreffenden Personen nach etwaigem abschlägigen Bescheid in Berufung gehen wollen, "müßte natürlich vorläufig eine andere Unterbringungsmöglichkeit gesucht werden".

Freitags wurden die Flüchtlinge jedoch dank des von Flüchtlingshilfegruppen ausgeübten Drucks in das Lager Traiskirchen überstellt. Das Innenministerium kündigte die Schaffung einer vorübergehenden Bleibemöglichkeit für Flüchtlinge aus Bulga-

rien bis zur Aufhebung der Grenzsperrn in der Türkei an. Dieser Erfolg darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Tag für Tag hunderte von Flüchtlingen mit Gewalt an der Einreise in Österreich gehindert oder in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden.

Detail am Rande: Just Dienstags versammelte sich der "Wiener Club" der Innenminister von Frankreich, der Schweiz, der BRD, Österreichs und Italiens in Wien zu einer Gesprächsrunde über Drogenbekämpfung und gemeinsamer Asylpolitik. Zu diesem Zwecke waren auch hohe Beamte des türkischen und jugoslawischen Innenministeriums anwesend. Vereinbart wurde eine rigide Auslegung der in der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbarten Zuständigkeit des Erstasyllandes in Flüchtlingsfragen. Für Flüchtlinge ist demnach jeweils jenes Land zuständig, welches die einzelne asylsuchende Person nach der Flucht aus ihrer Heimat als erstes aufsucht. In der Praxis bedeutet das, daß Länder wie etwa Österreich alle jene Personen, die durch österreichisches Hoheitsgebiet in ein anderes Land gelangen und dort einen Asylantrag stellen, "zurücknehmen" und so für Verpflegung, Unterbringung und "Betreuung" (das Betreuung zu nennen ist ja wohl ein Hohn) aufkommen muß. Innenminister Löschnak hat gegenüber verschiedenen Tageszeitungen bereits Maßnahmen angekündigt, die verhindern sollen, daß Österreich "mit den ganzen Flüchtlingen übrigbleibt". Es steht zu befürchten, daß Österreich seine Rolle als Vorgarten(zwerg) der EG in Zukunft noch brutaler erfüllen wird als bisher, denn schließlich müssen praktisch alle Personen, die aus Südosteuropa, der Türkei, Kurdistan oder dem arabischen Raum auf dem Landweg in den EG-Raum reisen wollen, durch Österreich. Auf dem Gebiet der "Terror"- und Drogenbekämpfung vereinbarten die anwesenden Beamten und Minister zum Zwecke eines besseren Informationsflusses die Angleichung der datenschutz-, bank- und strafrechtlichen Bestimmungen der 7 Teilnehmerländer. In Zukunft sollen also die in der Türkei nach dem Militärputsch mit Erfolg entwickelten Methoden der "Terroristenbekämpfung" wohl auch in Österreich angewendet werden.

Repression in der Bundesrepublik Deutschland: Rebmann reitet wieder

Am 24. Oktober hat der Prozeß nach §129a StGB gegen die PKK vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf begonnen. Betroffen sind davon 19 Kurdinnen und Kurden; während der Haftbefehl gegen Selman Arslan im August 1989 aufgehoben wurde, nachdem er eineinhalb Jahre offensichtlich zu Unrecht inhaftiert war, wurde jetzt gegen drei weitere Personen Anklage erhoben.

(TATblatt-Wien)

Die gesamte Konstruktion des Verfahrens — dem bisher größten in der Geschichte der BRD — läßt den Schluß zu, daß die innenpolitische Repression der Türkei gegen das kurdische Volk auch im Ausland vollzogen werden soll. Dem bundesdeutschen Kapital und der politischen Rechten in der BRD kommt das Verfahren insofern sehr gelegen: die Integration des strategisch wichtigen NATO-Staates Türkei wird gefördert, die vorhandene AusländerInnenfeindlichkeit weiter stimuliert (Bild am Sonntag-Schlagzeile: "Die Kurden kommen"). Und: Bundesdeutsche Unternehmen stehen an erster Stelle der ausländischen Investoren in der Türkei.

Dementsprechend hat auch Generalbundesanwalt Rebmann — völlig außerhalb seiner Kompetenz — wiederholt eine Verschärfung des Asyl- und AusländerInnenrechts verlangt. Nach Gentechnologie, Sextourismus etc. wird vermutlich jetzt auch der kurdische Befreiungskampf zu einem "anschlagsrelevanten Thema", Information und Werbung dafür zu "kriminellen Handlungen" werden (§129a Abs. 3: Werbung für eine terroristische Vereinigung). Unter Vorgriff auf das Ergebnis des Verfahrens hat die Bundesanwaltschaft seit 1987 immer wieder Presseerklärungen abgegeben, in denen die gesamte PKK als terroristisch bezeichnet wird.

Der Verantwortliche des kurdischen Agri-Verlages hat einen schriftlichen Bescheid erhalten, daß er keine Werbung mehr für den kurdischen Befreiungskampf machen dürfe; den Angeklagten wird der Bezug jeglicher Schriften dieses Verlages verweigert. Vielen KurdInnen wurden in Bescheiden mitgeteilt, daß sie zu bestimmten Anlässen, wie dem Besuch des türkischen Staatspräsidenten Evren, ihr Haus nicht verlassen dürfen. Manche wurden dazu auf dem Weg zur Arbeit und zurück von der bundesdeutschen Polizei "begleitet".

Bisherige Verfahren übertrifft der Prozeß gegen die PKK in jeder Hinsicht: 40.000 Seiten Verfahrensakten müssen durchgearbeitet werden; wegen des Verbotes der Mehrfachverteidigung, das zur Sondergerichtsbarkeit nach §129a gehört, von jedem und jeder der 48 VerteidigerInnen extra. Die Bestellung einer zweiten

Pflichtverteidigerin oder eines zweiten Pflichtverteidigers ihres Vertrauens angesichts des Aktenumfangs wurde den Angeklagten verweigert; stattdessen wurden den Angeklagten zusätzliche, vom Gericht benannte VerteidigerInnen beigelegt, wie dies im Prozeß gegen Uli Winterhalter im April dieses Jahres geschehen ist ("Verfahrenssicherstellungsanwalt").

Den Angeklagten, ist der Zugang zu den Akten und somit eine Vorbereitung auf das Verfahren kaum möglich: Übersetzungen auf kurdisch oder türkisch werden ihnen verweigert, VerteidigerInnenpost von einem Kontrollrichter zensiert. Kontakt mit den VerteidigerInnen, während der Haft nur wenige Stunden pro Monat über Trennscheibe, ist auch während des Prozesses kaum möglich: für den Prozeß wurde ein Sondertrakt des OLG Düsseldorf für 7 Mio. DM eigens umgebaut. Die Angeklagten sollen dabei in einem Glaskäfig sitzen, aus dem nur auf Knopfdruck mit ihren Verteidigerinnen ein Gespräch vereinbart werden kann. Einer der Verteidiger, Eberhard Schultz: "Die klinisch-saubere, westeuropäische Variante der Militärgerichtsverfahren in der Türkei". Zudem befinden sich die Angeklagten in verschärfter Isolationshaft — de jure nur eine "kann-Bestimmung", die aber fast immer vollzogen wird.

Grenzen überschreitet das Verfahren auch in physischer Hinsicht: erstmals wird eine im Ausland angesiedelte Organisation als terroristische Vereinigung angegriffen, inländische Teilorganisationen nach §129a verfolgt. Von einer Anklage gegen die PKK insgesamt mußte die BAW entgegen vorgegangener Pressepropaganda abgehen — noch 1982 entschied der Bundesgerichtshof, die neonazistische Wehrsportgruppe Hoffmann sei nicht nach 129a in der BRD verfolgbar, weil sie ihren Sitz im Libanon habe. Trotzdem erhebt die BAW ganz unbeirrt Anklage gegen PKK-Mitglieder, denen vorgeworfen wird, im Libanon an der Tötung anderer (Ex-)PKK-Mitglieder mitgewirkt zu haben. Die Anklage richtet sich auch gegen Ali Sapan, der im November 1988 unter dem Vorwurf der Freiheitsberaubung und nach §129a aus Österreich an die BRD ausgeliefert wurde.

Um — auf gewundenen Wegen — doch noch eine Verurteilung der KurdIn-

nen zu erreichen, wurde die Existenz mehrerer Teilorganisationen der PKK auf bundesdeutschem Gebiet postuliert, wobei aber die Organisationsebene und die Frage der Einbindung in die Gesamtorganisation weitgehend offen bleiben.

Während Versuche, die PKK zu kriminalisieren, in anderen Staaten weitgehend fehlschlagen (Schweden: Palme-Prozeß, Frankreich, Schweiz), soll hier offenbar ein internationales, von Deutschland aus exekutierbares Recht geschaffen werden — auch entgegen zB. einer UNO-Resolution von 1987, die nationale Befreiungsbewegungen ausdrücklich aus dem Begriff des internationalen Terrorismus ausklammert. Wenn Möchtegern-Weltpolizist Rebmann in diesem Prozeß "Recht" bekommt — und das ist angesichts der massiven Propaganda der staatstreuen Presse zu erwarten —, dann wird der §129a zu einem Instrument, mit dem auch mühelos gegen die internationale Handlungsebene anderer Befreiungsbewegungen vorgegangen, eine öffentliche Diskussion über deren Aktivitäten und Inhalte kriminalisiert werden kann.

Die BRD greift hier als metropolitane Staat in Zusammenhänge der Peripherie (Türkei, Libanon) ein. Angesichts dieser Rolle der BRD bei der Unterdrückung der PKK ist Mobilisierung auf einer internationalen Ebene notwendig, aber schwer zu erreichen. Insgesamt leben rund 400.000 Kurdinnen und Kurden in der BRD, eine Million in ganz Europa — nichtsdestotrotz darf die Mobilisierung nicht auf das kurdische Volk beschränkt bleiben. Während in der BRD für eine bundesweite Demonstration am 21. Oktober rund 18.000 Menschen mobilisiert werden konnten, beschränkte sich eine Demo in Wien auf etwa 300 Personen, unter ihnen kaum ÖsterreicherInnen.

Eine breitere Informationsbasis bietet ein Broschüre, die vom Bremer Rechtsanwalt und Verteidiger im PKK-Prozeß Eberhard Schultz herausgegeben wird und unter folgender Adresse um DM 8,- erhältlich ist: Von Stammheim nach Düsseldorf, Kamalata-Flugschrift Nr. 1, c/o Zapata-Buchladen, Jungfernstieg 27, 2300 Kiel 1. Von den acht Mark wird übrigens eine für Rechtskosten und Öffentlichkeitsarbeit zum Prozeß abgezweigt

Die Perestroika erreicht die DDR?

Die DDR kommt in Bewegung. Nicht nur jene paar Tausend, die das Land verlassen haben. Die Diskussion um diese Vorgänge ist in der linken und linksradikalen Szene nicht sonderlich weit entwickelt. Als *eine* Meinung drucken wir hier einen Artikel aus dem »Arbeiterkampf«, der Zeitung des »Kommunistischen Bundes«, einer unabhängigen kommunistischen Zeitung aus der BRD ab, wenngleich es auch innerhalb des TATblatts noch keine gemeinsame Diskussion darüber gegeben hat, der Artikel somit vielleicht nur die Meinung eines kleinen Teiles des Wiener TbKollektivs widerspiegelt.

(entnommen aus »Arbeiterkampf« Nr 311 vom 16.10.89; Hamburger Satz- und Verlagskooperative; Lindenallee 4; BRD-2000 Hamburg 20)

In nur einem Monat hat sich in der DDR mehr verändert als in den vergangenen 25 Jahren. Oppositionsgruppen in großer Zahl und Breite tauchen plötzlich auf, ohne sich um die tausend Spielregeln der Konspiration zu kümmern. Die DDR-Regierung vereigert ihnen zwar die amtliche Anerkennung, legalisiert sie aber de facto durch (einstweilige?) Duldung. Zigtausende Leute demonstrieren bei völliger Zurückhaltung der Polizei. SED-Funktionäre bekunden Gesprächsbereitschaft.

Die Situation war offensichtlich überreif, es fehlte nur noch das auslösende Moment. Dieses Moment war das Anschwellen der Fluchtbewegung (auch wenn uns das nicht so in den Kram paßt). Offensichtlich haben alle Teile der DDR-Gesellschaft genau diesen Kick gebraucht, um sich schmerzlich mit der eigenen Situation zu konfrontieren und nach Jahren relativer Starre in Bewegung zu geraten.

Der linksradikale Blick auf die Neuankömmlinge aus der DDR blieb oft beim Vordergründigen hängen: der unästhetischen Gier nach Konsumgütern, nach denen sich westliche Linksradikale kein Bein ausreißen würde, weil er sie längst besitzt oder mühelos besitzen könnte; den schwarz-rot-goldenen Utensilien, die einigen "Zonies" von den Pressefotografen zusammen mit dem obligaten Blauen ins korrumpierte Patschhändchen geschoben wurden. Ohne auch nur mit einem von ihnen gesprochen zu haben, erkannten westliche Linksradikale auf den ersten Blick: Unter denen, die da aus der DDR zu uns kommen, KÖNNEN keine Linken sein, sondern nur Spießerschrott.

Aus der Sicht der DDR-Opposition stellen sich die WeggeherInnen nicht viel besser dar: EgoistInnen, die in einer historischen Aufbruchsituation von der politischen Front desertieren und das Oppositionspotential schwächen.

Aber die individuelle Flucht, subjektiv meist wohl wirklich nicht mehr als eine unpolitische, egoistische, oft nicht einmal ausreichend reflektierte Reaktion, muß auch in ihrer POLITISCHEN Dimension begriffen werden: Als unter den gegebenen Umständen schärfste Absage an die herrschenden Zustände; als klarste Form, in der Menschen gegenüber einem Staat, der sie per Straftatbestand der "Republikflucht" als Eigentum beansprucht, das Recht auf die eigene Person nicht nur fordern, sondern praktisch wahrnehmen. Unter Bedingungen, wo jede Demonstration gegen die herrschenden Verhältnisse kriminalisiert wurde, war die Fluchtbewegung — unabhängig von den Absichten und Einsichten der AusreißerInnen — die wirkungsvollste Protestform, mit der ausgedrückt wurde: So kann es mit der DDR, in der DDR nicht weitergehen. Und diese Botschaft ist bei allen Teilen der DDR-Gesellschaft, unten und oben, angekommen. Ohne dieses Signal hätte die Opposition wahrscheinlich noch einige Zeit gebraucht, um Mut zum Aufbruch zu fassen. Ohne dieses Signal und die erste Welle auch militanter Demonstrationen hätte die SED schwerlich einen Dialog offeriert. Beginnen wir den Rückblick also an diesem Punkt.

Vom Bau der Mauer in Berlin 1961 bis Ende 1988 verließen 218.000 Menschen die DDR, die meisten davon in den allerletzten Jahren als legale Ausreisende, überwiegend im Rentenalter. Im laufenden Jahr kamen bis Ende September rund 110.000 Menschen aus der DDR in die BRD, davon etwa 70.000 legal. Die Gesamtzahl für 1989 dürfte bis Jahresende bei 160-170.000 liegen. Das bisherige "Rekordjahr" war 1984 mit etwa 40.000 Ausreisenden.

Die Ausreisebewegung hat sich also in 1989 vervierfacht, wobei der politisch wichtigste Punkt die enorme Zunahme der illegalen Ausreisen ist. Sie stellen prozentual zwar nur etwas über ein Drittel der Summe, aber bedeuten, da es sich überwiegend um junge Leute handelt, einen

schmerzhaften Verlust für Volkswirtschaft und Bevölkerungsbilanz der DDR.

Vorraussetzung der Fluchtwelle war die Destabilisierung der realsozialistischen Herrschaft in Ungarn, die zur Öffnung der Landesgrenzen führte und den Staat für bundesdeutsche Pressionen und Lockungen extrem zugänglich machte.

Die Fluchtbewegung aus der DDR scheint inzwischen etwas nachgelassen zu haben, wobei nicht einzuschätzen ist, ob das nur an den erschwerten Bedingungen liegt, oder ob sich darin auch schon der Klimawechsel in der DDR bemerkbar macht, der vielleicht manchen potentiellen Ausreißer veranlaßt, die Sache nocheinmal zu durchdenken. Immerhin verlassen derzeit im Tagesdurchschnitt immer noch 4-500 Menschen die DDR illegal über Ungarn (Stand Mitte Oktober), was sich bis Jahresende auch nocheinmal auf ca. 20.000 summieren würde.

Über die unwürdigen, oft deutschnational ausartenden Szenen und Äußerungen, die sich im Rahmen dieser Fluchtbewegung abgespielt haben, ist viel Kritisches geschrieben worden, und zweifellos zu Recht. Die Kritik daran, zu was sich da Menschen hinreißen oder benutzen lassen, wird aber falsch, wenn sie die äußeren Umstände nicht reflektiert, die zu diesen Szenen geführt haben. Hier ist an erster Stelle die DDR-Regierung selbst zu nennen, die ein Gut, das normalerweise dem Menschen frei zugänglich sein sollte, nämlich sein Glück in einem anderen Land zu versuchen, zur Mangelware gemacht hat. Mit der zwangsläufigen Folge, daß sich beim plötzlichen Auftauchen dieser Ware auf dem freien Markt viele Leute gierig darauf stürzen und daß auch manche hastig zugreifen, die unter besseren Umständen kein allzu großes Bedürfnis danach gehabt hätten. Was eigentlich ein normaler, wohlbedachter und menschwürdig vorbereiteter Wohnungswechsel sein sollte, pervertiert zu "Flucht in die Freiheit".

Daß BRD-Medien und -Parteien diese Fluchtbewegung nach Kräften angeheizt

und mit viel Schwarz-Rot-Gold ausgestattet haben, ist offensichtlich. Sie schätzen an dieser Bewegung vor allem die destabilisierende Wirkung, die sie materiell und propagandistisch auf die Verhältnisse in der DDR haben muß. In vielem erinnert diese Kampagne an jene, die die Fluchtbewegung von 1961 begleitete, wogegen sich die DDR schließlich nur durch die Sperrung der relativ offenen Grenze in Berlin durch die Mauer zu wehren mußte. Es fragt sich, ob nicht vielen PolitikerInnen und Mei-

testbewegung auf der Straße. Zum Zentrum hat sich Leipzig entwickelt, wo am 25. September 8.000 Menschen demonstrierten, und wo es eine Woche später schon 10-20.000 waren. Der vorläufige Höhepunkt wurde am 9. Oktober erreicht, als 50-70.000 Menschen durch die Straßen Leipzigs zogen. In der gleichen Woche fanden, vor allem in Zusammenhang mit den 40-Jahr-Feiern, auch Demonstrationen in Dresden, Magdeburg, Ostberlin, Karl-Marx-Stadt, Plauen, Potsdam u.a. statt.



nungsmachern in der BRD ein vergleichbares Ergebnis — also eine Totalabschottung der DDR und eine Bestätigung der alten Politik, vielleicht unter Einsatz "chinesischer Methoden" — noch willkommen gewesen wäre als die jetzige vorsichtige Öffnung. Wer, wie Kanzler Kohl, der DDR so penetrant "Hilfe" als Belohnung für geforderte Reformen anbietet, spekuliert vielleicht einfach auf die Trotzreaktion der Gegenseite.

In der zweiten Septemberwoche wurde der Gründungsauftrag des "Neuen Forums" bekanntgemacht, der eine Welle von Erklärungen anderer Oppositionsgruppen, dann aber auch von zahlreichen KünstlerInnen, schließlich sogar von Gewerkschafts- und Parteimitgliedern auslöste. Von besonderer Bedeutung waren dabei die Stellungnahmen bekannter UnterhaltungskünstlerInnen, die sich explizit mit Elementen der NF-Erklärung einverstanden erklärten und Diskussionsfreiheit für diesen und ähnliche Ansätze forderten.

Das Wesentliche sind sicher nicht die programmatischen Inhalte der diversen "Plattformen", obwohl eine gewisse Ausdifferenzierung zwischen liberalen, christdemokratischen, sozialdemokratischen und sozialistischen Positionen unübersehbar ist. Die Hauptsache ist, daß in einem Land, wo einmal ein führender Politiker sagte, mit der Opposition setze man sich nur vor Gericht auseinander, ein de facto legaler Spielraum für Meinungsstreit und selbstbestimmte Organisation entstanden ist.

Parallel dazu entfaltete sich eine Pro-

Die DDR-Medien sprachen in traditioneller Sprachregelung noch von "Zusammenrottung" und "staatsfeindlichen Parolen".

Kein Zufall ist wohl, daß sich SED und Staat in dieser Situation bevorzugt und sogar fast ausschließlich mit Kirchenvertretern zusammensetzen. Die neugewonnene Stärke der DDR-Opposition drückt sich ja gerade darin aus, daß sie sich von der mitunter bedrückenden und wohl auch viele Menschen abstoßenden "Obhut" der Kirche zu emanzipieren trachtet. Dagegen scheinen SED und Staat bemüht, die Opposition wieder in den klerikal-beschränkten Rahmen zurückzudrängen, in dem demokratische Kräfte sich dann auch mit GegnerInnen der freien Abtreibung und Schwulen/Lesben-FeindInnen herummärgeln müssen. Seltsamerweise gilt die Regel, daß die Kirchen zur Absicherung etablierter Herrschaft tendieren, auch in realsozialistischen Ländern. Was jetzt von den DDR-Kirchenvertretern geäußert wurde, bestätigt diese Tendenz: überzogenes Lob für die Dialogbereitschaft der Herrschenden; Mahnungen an die Opposition, diese Bereitschaft jetzt nicht aufs Spiel zu setzen; bis hin zu Forderungen nach einer "Demonstrationspause". Die SED verhandle nicht unter Druck, war da aus den Talaren zu hören, obwohl die sinnliche Erfahrung im Gegenteil besagt, daß die SED NUR unter Druck überhaupt einen ersten Schritt getan hat. Wenn dieser Druck nachläßt, könnte der heute bekundete Wille zu demokratischer Erneuerung sehr schnell zur reinen Rhetorik erstarren.

Die westdeutschen PolitikerInnen und

Medien, bis ins grün-alternative Spektrum hinein, sehen sich angesichts der jüngsten Entwicklung in der DDR kurz vor dem Ziel ihrer "grenzüberschreitenden" Ambitionen. Ob man das nun lauthals Wiedervereinigung nennt oder ob man einfach dankbar den objektiven Lauf der Dinge genießt, ist eine Frage des Geschmacks und der politischen Klugheit. Die nationalistischen Prahlschreier, die nicht einmal die Grenzen von 1937 in Ruhe lassen mögen, sind vermutlich NICHT die gefährlichsten oder effektivsten Vertreter bundesdeutscher Kapitalinteressen.

Eine "polnische" oder "ungarische" Entwicklung der DDR würde aufgrund der in der Tat spezifischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten — erinnert sei nur an die gemeinsame Sprache und das Hineinwirken von BRD-Medien in die DDR — dem BRD-Kapital noch weit umfangreichere ökonomische und ideologische Möglichkeiten bieten, als es heute in Ungarn und Polen schon der Fall ist. Nichts könnte bei einem "freien Spiel der Kräfte" verhindern, daß die DDR total in den Sog der BRD gerät, von dieser gewissermaßen kolonialisiert wird.

Die Beteuerung, daß der DDR-Sozialismus nicht zur Disposition stehe, ist vielleicht ehrenwert, aber nicht realistisch. Wahrscheinlich gibt es immer noch eine Mehrheit von DDR-BürgerInnen, die die BRD nicht für das Paradies auf Erden halten und die manches in ihrem eigenen Staat, vielleicht auch dessen Souveränität, gern bewahren würde. Nicht aber gäbe es, wenn denn jemals die von Gorbatschow befürwortete "Freiheit der Wahl" praktiziert würde, eine Mehrheit für die SED. Nicht in ihrer heutigen Gestalt, aber wohl auch nicht in reformierter Form. Anders gesagt: Das System, das dort nach Aussagen der SED "nicht zur Disposition steht", sondern "für immer" gelten soll — die Ewigkeit ist politisch-historisch betrachtet ja immer eine fragwürdige Kategorie — ist ohne Einschüchterung und Gewalt nicht aufrechtzuerhalten. Insofern ist schwer vorstellbar, wie eine Demokratisierung der DDR sich irgendwo auf halbem Weg einrichten könnte, ohne die Prüfung freier Wahlen zu riskieren. Die Entscheidung fällt relativ leicht in Staaten wie Ungarn und wohl auch Polen, wo die bisherige herrschende Schicht sich schon selbst aufgegeben hat bzw. sich innerhalb neuer Verhältnisse persönlich zu arrangieren versucht. Die Entscheidung wird aber zum Dilemma in einem Land wie der DDR, wo die herrschende Partei aus einer Reihe von Gründen, darunter einige recht respektable, an der nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Situation festhalten will. Denkbar wäre schon, daß die DDR, wie sich das manche hiesigen Linken wünschen, "durchhält" als allerletzte Bastion gegen Imperialismus und Revanchismus. Kaum vorstellbar ist aber, daß sie dies ohne "chinesische Methoden" tun könnte.

Dieser Diamant ist ein Klunker!

Über das Erinnerungsvermögen der Schweiz und die Liquidation derselben

Zum 50. mal jährte sich in diesem Sommer der Beginn des 2. Weltkrieges, und die ganze Welt versank zumindestens zum Schein in Trauer. Die ganze Welt? Nein, ein kleines eidgenössisches Land leistete tapfer Widerstand. Und erinnert sich im Schutz der hohen Berge unverzagt seiner eigenen Vergangenheit.

(TATblatt-Wien)

Denn was in 50 Jahren in den Köpfen und Schriften der SchweizerInnen reifte, sich mit dem diesem Land eigenen Patriotismus zu einer Mauer gegen Einsicht und Erkenntnis vereinte, das wird dieses Jahr höchst offiziell auch noch gefeiert. Gemeint ist die Genralmobilmachung des Jahres 1939, als es galt für's Vaterland einzustehen, und die zur glorifizierenden Aufbereitung derselben initiierte »Übung Diamant«. Benannt nach einem Gedicht von Gottfried Keller, der sich dafür wohl im Grabe umdrehen wird, sind 150.000 Akteure in 57 Orten (Ang. »Der Spiegel«) aufgerufen, die Armee als Retterin der Schweiz im 2. Weltkrieg darzustellen. Was dieser Schweiz auch einiges wert ist: mehrere Millionen Franken wurden aufgebracht. Eine Wanderausstellung zeigt ein Dorf der Vorkriegs-Schweiz — mit Bahnhof, Geschäften und Plakaten, Maßstab 1:1 — auf Videos wird den BesucherInnen gezeigt, »wie's wirklich war...« Die Veteranen der »Aktivdienst-Generation« erhielten Einladungen in Form eines Marschbefehles, eine Gedenkmünze als Ehrensold und, wie damals auch, eine Gemüsesuppe mit wenig Rindfleisch. Gefüllte Mägen bieten keinen Platz zum Denken... (wiewaswo; Anm d magenknurrenden Tipplers) Mit Ehrungen werden sie überhäuft. Die Männer allerdings nur, denn Frauen gelten in Militärkreisen nach wie vor als Problemgruppe, weil sie »keine direkte Kenntnis von der Armee haben« (EMD-Informationsschef Strasser)

Wofür aber soviel Aufwand? Nur um mal zu feiern, oder vielleicht doch, um zu verdrängen?

—Zu verdrängen, daß die Schweiz während der Kriegsjahre autoritär und per Notrecht regiert wurde.

—Zu vergessen, daß die Neutralität ins Wanken geriet, als deutsche Truppen neutralitätswidrige Dokumente zur militärischen Zusammenarbeit mit Frankreich in die Hände fielen.

—daß die Industrie über 4 Jahre hinweg zu 60% für die Deutschen arbeitet, und 1 Milliarde Franken Vorschuß gewährt wurden.

—daß 320 Tonnen Gold in besetzten Gebieten erbeutet und von KZ-Opfern geraubt, von der Schweizerischen Nationalbank zu 1,7 Milliarden Franken an

Devisen umgewandelt wurden.

—daß ein großer Teil des deutschen Nachschubs (Afrika, Italien) über die (bomben-)sichere Schweiz lief.

—daß die Kennzeichnung jüdischer Pässe mit einem »J« die Erfindung des schweizerischen Fremdenpolizeichens war, und die Berner Regierung auf Einführung dessen in Berlin drängte.

—daß durch die rigorose Flüchtlingspolitik tausende zurück (in den Tod) geschickt wurden.

So gesehen dürfte sich der Aufwand, den die Schweiz von heute treibt, wohl lohnen. Denn die Stimmen, die am heiligen Bild der Armee zu rütteln beginnen und die Rolle der Militärs in Frage stellen, werden nicht nur immer mehr, sondern auch zunehmend lauter. So ist für den 25., 26., November ein Referendum zur Abschaffung der Armee angesetzt. 30% Zustimmung für ihr Anliegen erwartet sich die GSoA (Gruppe Schweiz ohne Armee), womit die Armee zwar nicht abgeschafft; das Bild von der allzeit wehrhaften Schweiz wohl aber stark angekratzt würde. Um dieses Ziel zu erreichen, gibts die Zeitung »Klunker«, mehrere, auch neu erschienene Bücher. Vorträge, Mahnwachen, Lesungen, Diskussionen, Konzerte, Kundgebungen und Demos versuchen gegen das PR-Spektakel »Diamant«, gegen Verbohrtheit und Heldentum anzukommen.

Am Ausmaß der Reaktion von Staats- und Militärsseite erkennt man/frau die

Wirkung der Initiative, und das Wort »Die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine Armee« findet ihre Bestätigung im neuen Plakattext: »Die Armee abschaffen heißt die Schweiz liquidieren!« In dieser Stimmungsmache reiht sich auch eifrig ein Teil der schweizerischen Zeitungen ein, um denen zuvorzukommen, die da behaupten, die Schweizer Armee hätte sich bisher nur gegen die Schweizer Bevölkerung gerichtet. Allen voran natürlich die »Blick«, die ganz in »Bild«-Manier halbseitig über das erste Schweizer Opfer im 2. Weltkrieg berichtet. Der arme Teufel wurde bei einer Truppenevrschiebung auf seinem Velo (Fahrrad) von einer umstürzenden Kanone erschlagen — einer eidgenössischen wohlgeremt.

bezahlte Anzeige:

Der Kakao.

Von der Kooperative
El Ceibo in Bolivien.



EZA Dritte Welt Laden

Wien VIII, Lerchenfelder Straße 18-24, Telefon 48 39 96
Mo bis Fr von 10 bis 13 Uhr und 14 bis 18 Uhr, Sa 9 bis 12 Uhr

EZA Warenlager

Wien V, Obere Amtshausgasse 38, Tel. 54 34 32

EZA

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
MIT DER DRITTEN WELT

Foto: Pausenmen

Eduard Z. Nowak Hoppala

Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.

Mathias N. und seine FreundInnen machen sich Gedanken. Schließlich sind Gedanken frei. Probleme bereitet lediglich, daß sie auch ihren Gedanken gemäß handeln. Und das kann ihre Freiheit schon einigermaßen beeinträchtigen, wenn sie nicht verdammt gut aufpassen. Doch keine Sorge: Mathias N. und GenossInnen haben alles bedacht. Oder???

In der letzten Folge beobachteten wir Mathias N. bei seinen Besorgnissen. Er kaufte die zur spurensicheren Erstellung einer Anschlagserklärung unverzichtbaren Materialien....

Folge 3: Warum nur, warum?

Wir schreiben Montag, den 25. September 1989. 20.18 Uhr. Bis auf einen, Robert H., sitzen sie nun alle beisammen, die sie in wenigen Tagen jene illegale Handlung setzen werden, die Gegenstand dieses Kriminalromanes ist, um die »Anschlagserklärung« für ihre Tat zu verfassen. Robert H. — 24 Jahre alt, blond, unauffälliges Antlitz, guternährt (dick?) — hat sich entschuldigen lassen da er sich unbedingt den »Sport am Montag« anschauen mußte. Isabella L. (genaue Personbeschreibung siehe bitte Folge 1 in TATblatt minus 84) ist verärgert. Sie war immer schon dagegen, daß Robert mitmacht bei der Aktion, aber irgendwer hat ihn irgendwann dann doch eingeweiht, und wo er doch jetzt schon einiges weiß von der Geschichte, kann man/frau ihn auch nicht mehr gut ausschließen. Unbeteiligte MitwisserInnen sind zu gefährlich, da sie mitunter vielleicht die Tragweite ihres Wissen nicht richtig einschätzen können und daher zu unvorsichtig sein könnten. Trotz der Probleme mit Robert wurde die Aktion aber nicht fallengelassen, schließlich gibt es auch schon viele gute Erfahrungen mit ihm. Mögen unsere FreundInnen da nur keinen Fehler gemacht haben!

Auch Mathias N. ist ob des Nichterscheinens Roberts sauer. Hat er, Mathias, heute doch sehr wohl im Zuge seiner Einkäufe heute mittag nun schon zum dritten Mal in ununterbrochener Reihenfolge die ALF-Wiederholung um 14.20 (FS1) versäumt.

Die, die sich allen Verlockungen der bürgerlichen Medienwelt trotzend, gesammelt haben, werden nun den Text der Anschlagserklärung besprechen und zu Papier bringen. Bleibt nur zu hoffen, daß die Wände keine Ohren haben. Es kann wohl keineR mit Bestimmtheit sagen, wieviele Wohnungen und Lokale, und vor allem welche, und mit welchen Mitteln ab-

gehört werden. Sicher ist nur, daß es teilweise gemacht wird, vor allem bei linken Beisln. Das heutige Treffen findet aber in der Wohnung von Gabriele S. statt. Gabriele S. ist 36 Jahre alt, trägt brünettes mittellanges Haar und arbeitet des Tags als »kleine Angestellte« in einem mit Elektrogeräten Handel treibenden Konzern. Ihr Lebenswandel ist nach außen hin zwar nicht unbedingt bürgerinnenlich, doch hat sie sich in der Vergangenheit selten öffentlich politisch exponiert. Die Wahrscheinlichkeit, daß ausgerechnet ihre Wohnung abgehört wird, ist relativ gering.

Die Fenster der Wohnung sind alle fest verschlossen, die Vorhänge zugezogen. Das Telefon, als einer jener Einrichtungsgegenstände einer durchschnittlich möblierten Wohnung, die sich am Besten zur Pflanzung von »Wanzen« eignen, ist gewissermaßen »kaltgestellt«. Es steht im Eiskasten. Die Eiskastentür schließt dank ihrer luftdichten Isolierung schier luftdicht. Beeinträchtigt wird diese Luftdichtheit lediglich durch das Telefonkabel, welches das vollständige Schließen der Eiskastentür verhindert. Die surrenden Geräusche des Eiskastens reduzieren aber das verbleibende Restrisiko auf ein kalkulierbares Minimum. Und dieses ist durchaus vernachlässigbar. Nicht zuletzt deswegen, weil es ohnehin so viele andere Plätze in der Wohnung gibt, die sich mindestens genauso gut zur behördlichen Wanzenpflanzung eignen... Vom Telefonanschlußkasten bis zum Radioapparat, von den gepolsterten Sitzmöbel bis zum Türschloß....

20.23 Uhr. Das Gespräch hat schon begonnen. Der Inhalt des Schreibens ist den meisten ohnehin irgendwie »klar«. Es gilt ihn nur mehr in Worte zu kleiden und in Sätze zu fassen. Aber bloß nicht in zu gewählte Worte und zu schöne Sätze! Die Polizei darf keine Möglichkeit haben,

anhand des Schreibstils die VerfasserInnen ausforschen zu können. Natürlich darf der Text auch nicht voller Fehler sein, die sich ebenfalls zur Fährte für eifrige ErmittlerInnen entwickeln können. Gerade sogenannter »Szene-Slang« läßt unangenehm viele Rückschlüsse zu. Am Besten wäre eine einfache Aneinanderreihung von kurzgehaltenen, grammatikalisch korrekten Hauptsätzen, die sich aus einfachen ortsüblichen Worten zusammensetzen. Selbst wenn das Sprachgefühl und die literarisch empfindsame Ader der p.t. RevolutionärInnen darunter leiden müssen. Nicht zuletzt ist natürlich auch auf die Rechtschreibung Bedacht zu nehmen, denn es fällt mitunter schon sehr unangenehm auf, wenn sich ein und der selbe Fehler sowohl auf der Anschlagserklärung als auch einem behördlichen Schriftstück — etwa einem Zivildienst Antrag —, in einem unterzeichneten Zeitungsartikel oder einem unbribanten und daher unvorsichtig und nur wenig konspirativ erstellten Flugblatt wiederholt wiederfindet. Um die weitverbreitetsten Fehler auszuschalten ist es nebst der Anschaffung eines Wörterbuches ganz praktisch, einer weitverbreiteten Sitte Folge zu leisten, nur Kleinschreibung anzuwenden, und grundsätzlich kein »ß« zu tippen.

0.48 Uhr. Die konspirative Gruppe hat ihren Text nun beisammen. Sie haben ihn mit der Hand vorgeschrieben, wohl wissend, daß diese handgeschriebenen Zettel zur allergrößten Gefahr werden können, wenn irgendeine Schlampigkeit passieren sollte. Nun gehen sie daran, den Text zu tippen. Worauf sie hiebei alles achten werden, dessen hat sich Mathias N. bereits in der vorigen Folge entsonnen.

Alle(!) tragen nichtfusselnde Handschuhe. In die Schreibmaschine legen sie das neue, eben erst gekaufte Typenrad ein

und spannen vier Blätter Papier aus einem frischgeöffneten (und natürlich auch frischgekauften) Packerl ein. Beinahe wäre dieses Papier-Packerl vorhin als Schreibunterlage für die handschriftlichen Notizen verwendet worden. Im letzten Moment hat Mathias diesen törichten Fehlgriff bemerkt und das größte Unheil mit den Worten »Oida, paß auf, bist ganz deppat?«, des druckt sie do durch!!!« bravourös abgewendet.

Nachdem Mathias N. und GenossInnen die Erklärung gleich mehrfach getippt haben, tippen sie nun auch noch die Adressen auf die Kuverts (aus dem frischen Packerl), auch diese mit drei Blättern Unterlage...

Dann entfernen sie das Typenrad und das Farbband aus der Maschine. Das Korrekturband haben sie selbstverständlich kein einziges Mal verwendet. Tippfehler haben sie durch Durchstreichen mittels xxxxxx ausgebessert, wodurch verhindert wurde, daß das konspirative Typenrad ein unangebrachtes Andenken am Korrekturband hinterläßt. Typenrad und Farbband werden sie in verschiedene unauffällige Mistkübel irgendwo in der Stadt werfen.

Die einzelnen BekennerInnenschreiben werden einkuvertiert, zugeklebt (mittels Klebestift — auf keinen Fall mittels wertvolle Informationen bergenden Speichels), mit Briefmarken versehen (ebenfalls mittels Klebestift, natürlich!) und schließlich so verstaut, daß unwillkürliches Berühren mit bloßen Händen unmöglich wird und es auch vor dem ungewollten Zugriff unwissender FreundInnen sicher ist. Die mehrtägige Lagerung der Schriftstücke, vor allem während der Aktion selbst, birgt natürlich die Gefahr, daß, wenn irgendwas schief geht und die Polizei überraschend mit Hausdurchsuchungen beginnt, die BekennerInnenbriefe gefunden werden. Das verunmöglicht dann die Ausreden, daß »ohnein alles ganz anders gedacht war«, ganz harmlos, und und und. Denn dann haben die Behörden allesagendes Material in den Händen, das es ihnen ermöglicht, das gesamte Vorhaben in all seiner Tragweite zu beweisen. Vielleicht wäre es also besser gewesen, die Erklärung erst dann zu schreiben, wenn schon alles vorbei ist, und alles gut gegangen ist. Das wiederum aber bedeutet, mit der Aktion in Zusammenhang stehende Handlungen zu einem Zeitpunkt setzen zu müssen, zu welchem die Gefahr besteht, unter Umständen aus irgendwelchen Verdachtsmomenten heraus, bereits schon observiert zu werden. Außerdem ist man/frau nach geglückten Unternehmungen mitunter ein bißchen schlampig, weil »ohnein schon alles gut gegangen ist«. Unter Abwägung der Vor- und Nachteile haben sich Mathias N. und GenossInnen dazu entschlossen, die Erklärung rechtzeitig vorher zu verfassen und in der Wohnung der Gabriele S. aufzubewahren. Da sie bei den Be-

hörden eher nicht so amtsbekannt ist, ist es nicht so wahrscheinlich, daß ausgerechnet bei ihr eine Hausdurchsuchung stattfinden wird, noch bevor die Briefe abgeschickt werden. Ein Deponieren an so kriminell bekannten Plätzen wie Schließfächern wäre auch nicht überaus sinnvoll gewesen, da versteckte Schlüssel lediglich ein bißchen zeitlichen Aufschub gewähren, zwischen dem Auffinden des Schlüssels durch suchende BeamtenInnen, und dem Zeitpunkt, wo es den BeamtenInnen gelingt, die Schließfachtür zu öffnen. Und dies ist für so erfahrene BeamtenInnen wie jene der Exekutive kein großes Kunststück, insbesondere wenn sie den Schlüssel dafür haben.

Bahnhofsschließfächer haben auch entgegen gängiger Fernsehkrimipraxis den entscheidenden Nachteil, bereits nach Ablauf des 2. Kalendertages vom Bahnhofspersonal aufgesperrt und entleert zu werden. Normale Gepäckstücke können dann zwar noch weiterhin gegen Entrichtung einer Mehrgebühr am Gepäckaufbewahrungsschalter behoben werden, mit verdächtigen Gegenständen, wie etwa einem Bündel Anschlagserklärungen, wird mitunter aber anders verfahren.

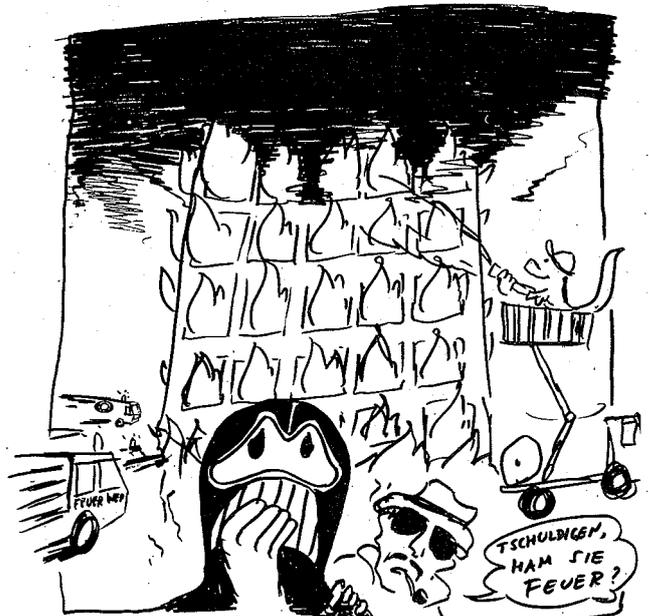
Ein Genosse, Jakob S., nimmt alle Zetteln mit handschriftlichen Notizen, darüberhinaus alle Zetteln, auf denen sich irgendeine Schrift durchgedrückt haben könnte, um sie zu entsorgen. Jakob S. ist 28 Jahre alt, arbeitslos (eh klar), trägt kurze schwarze Haare und eine Tätowierung am linken Oberarm (einen Anker nämlich. Diese Tätowierung stammt aus jüngeren Jahren. Damals wollte Jakob S. unbedingt als Seemann auf hoher See die Welt kennenlernen. Dieser Traum ging aber nie in Erfüllung. Heute will Jakob die, immer noch ungesehene Welt lieber erstmal verändern. So wurde er Revolutionär.)

Jakob macht sich sogleich auf den Weg, die Zetteln zu verbrennen. Diese Verbrennung findet selbstverständlich nicht in der Wohnung statt. Es würde das soziale Miteinander unter den Hausparteien doch zusehr beeinträchtigen, wenn das halbe Stiegenhaus in unregelmäßigen Abständen immer wieder voller Qualm steht, und alle NachbarInnen gleich Bescheid wissen: »Hinter der 12er Tür verbrennen's schon wieder a Anschlagserklärung.«

Vielmehr wird die Erklärung in einem gutdurchlüfteten öffentlichen WC einer

öffentlichen Parkanlage, mit gut funktionierender Wasserspülung (über dessen tadellose Funktionsfähigkeit sich vorher gewissenhaft vergewissert wurde) verbrannt und die Asche sodann der städtischen Kanalisation übergeben. Falls nachher, nach dem Öffnen der Klotür plötzlich eine Person vor der Tür steht, die vielleicht dazu neigt, sich ob des eigentümlichen Qualmes zu wundern, wird Jakob wohl gut daran tun, sich unversehens und geneigten Hauptes davonzuschleichen, und zu hoffen, daß sich die Person irgendwas unzutreffendes denkt. Daß hier später mal irgendwelche Zusammenhänge hergestellt werden können, ist kaum anzunehmen, vergehen doch bis zur eigentlichen Tat noch einige Tage.

Anstatt die Anschlagserklärung ein paar mal zur Gänze abzutippen wäre es auch möglich gewesen, sie nur einmal zu tippen und anschließend zu kopieren. Doch stellen wir uns einmal vor, was passiert, wenn — beispielsweise Mathias N. — unauffällig wie immer und nichts Böses im Sinn, ein fröhlich Liedel pfeifend, am Kopierer eines dieser unzähligen überfüllten



NATÜRLICH SOLL SICH DIE NACHRICHT VON EINER REVOLUTIONÄREN HANDLUNG WIE EIN LAUFPEUER VERBREITEN. TROTZDEM IST BEI DER VERBRENNUNG VON BEWEIS MATERIALIEN TUNLICHST HÖCHSTE VORSICHT ANZURATEN. VIEL ZU OPT SCHON WURDE MANCH HÄRMLOSE KLEINE AKTION "VOR DEM SCHLAFENGEHEN" AUS UNACHTSAMKEIT ZUR FOLGENSCHWEREN FEUERBRUNST.

Kopierladen steht, die Anschlagserklärung so vor sich hin kopiert.... Plötzlich aber, unvermittelt, aus heiterem Himmel gar, ein kleines rotes Lamperl (vielmehr ein LED wohl) am Kopierer erleuchtet um Mathias einen »Papierstau« im Kopierer zu signalisieren. Kalte Schweißperlen würden sich sodann auf Mathias' Haupte sammeln und am ganzen Körper zitternd müßte er sich an den/die KopierladenbetreuerInnen wenden, welcheR ihm sogleich hilfreich zur

Hand stehen würde, den Papierstau im Kopierer beseitigen und das gestaute Papier entfernen täte... Einen kurzen Moment lang hätte dann der/die KopierladenbetreiberIn dieses hochbrillante Beweisstück in der Hand, würde es anschauen, und vielleicht auf einen Blick erkennen, worum es sich handelt. Im besten Fall könnte Mathias N. dann freundlich grüßend das Weite suchen und die ganze geplante Aktion vergessen. Wenn der Anschlag trotzdem durchgeführt würde, und sich der/die Angestellte, später, nach den ersten Radiomeldungen an die seltsame Kopie des Mathias N. erinnert, würde er/sie sich dann ebenso vertrauensselig wie pflichtbewußt an die nächstgelegene Sicherheitsdienststelle wenden und eine Beschreibung des Mathias abgeben... Was dies dann zur Folge hätte, ist unschwer auszumalen.

Nicht viel besser würde es sich verhalten, wenn bei einem Münzkopierer — etwa in der Universität — ein ähnliches technisches Gebrechen passieren würde. In einem solchen Falle wäre es zwar einfacher, sich rasch aus dem Staub zu machen, ohne irgendwelchem Bedienungspersonal angesichtig zu werden. Trotzdem wäre so aber sichergestellt, daß die Erklärung in die falschen Hände gerät. Die Aktion wäre ebenfalls abzublasen. Denn einE irgendwann vorbeikommendeR Servicemann oder Servicefrau könnte den Zettel lesen und die Polizei über Ort, Art, Zeit und Hintergrund des Anschlages informieren. Und nichts (oder sagen wir mal wenig) ist unangenehmer, als an einem Anschlagort bereits mit offenen Handschellen erwartet zu werden.

Es wäre auch möglich, daß vielleicht irgendeineR, der an der Aktion beteiligten Leute einen eigenen Kopierer besitzt, oder Zugang zu einem Kopierer hat, der es zuliebe, in aller Ruhe zu kopieren, und Papierstaus selbst zu beseitigen: etwa einem Bürokopierer. Einen solchen Kopierer zu verwenden, kam für unsere FreundInnen natürlich nie ernsthaft in Frage. Denn sie wissen: Eine Kopie sagt mehr als tausend Worte. Jeder Kopierer hinterläßt mehr oder weniger viele Spuren — oft sind diese sogar mit freiem Auge sichtbar. Die meisten Merkmale kommen aber erst bei genauerer Analyse zum Vorschein. Eine jede Kopie liefert der Polizei sicherlich so viele Merkmale, daß sie zweifelsfrei beweisen kann, auf welchem Kopierer die Kopie erstellt worden ist. Voraussetzung ist lediglich, daß die Behörden eine Vergleichskopie haben, die sie sich aber spätestens im Rahmen einer Hausdurchsuchung besorgen können. Wenn sie den Kopierer

anhand eines bereits vorhandenen Vergleichsstücks, etwa einem einmal auf diesem Kopierer vervielfältigten Flugblatts identifizieren können, finden sie sich unweigerlich auf einer brandheißen Spur zur Lösung ihres Falles wieder.

Um sich den Arbeitsaufwand des mehrfachen Tippens zu sparen, und trotzdem nicht kopieren gehen zu müssen, wurde kurzzeitig erwogen, den Text doch auf einem Heimcomputer zu tippen und mehrfach mit dem Typenradrunder¹⁾ auszudrucken. Dieser Vorschlag wurde aber gleich wieder verworfen. Denn: Auch Computer bergen hier viele Gefahren. Sobald ein Text abgespeichert ist, hinterläßt er auf Festplatte oder Diskette Spuren, die durch bloßes Löschen nicht beseitigt werden können. Mit entsprechender, durchaus weitverbreiteter Software können solcherart gelöschte Texte auch nach geraumer Zeit zumindestens bruchstückhaft wieder »zurückgeholt« werden. Und Wortfetzen einer Anschlagserklärung haben auf einem Home-PC nunmal wirklich nichts verloren.

Selbst wenn die Texte niemals abgespeichert werden, ist man/frau nicht davor gefeit, daß der Computer in Selbstverwaltung ein paar Passagen abgespeichert hat, ohne daß die tippende Person etwas davon bemerkt hat. Dies tut der Computer gelegentlich, weil er mit dem verwalteten Platz im Arbeitsspeicher nicht so recht zurecht kommt, und mal kurz was auf Diskette oder Festplatte zwischenspeichern muß²⁾. So können ohne Wissen der AktivistInnen Spuren gelegt werden, die sie selbst erstmal gar nicht finden, durch behördliches Nachschauen aber zu aller Erstaunen plötzlich ans Tageslicht kommen.

Noch viel törichter wäre es natürlich gewesen, die Anschlagserklärung vom Computer mittels Telefon-Modem an eine »Mailbox« zu senden, von wo sie vielleicht als Fernschreiben weiterversendet werden sollte. Dies wäre genauso dumm, wie irgendwann einmal irgendwas über die Aktion am Telefon zu besprechen. Denn: Telefone behördlicherseits abzuhören ist überaus einfach, und dementsprechend beliebt. Bei politischen Büros ist es eine Selbstverständlichkeit, bei verdächtigen Einzelpersonen etwas weniger häufige aber dennoch geläufige Praxis. Wenn so ein Telefon abgehört wird, ist es kein besonderer zusätzlicher Aufwand mehr, auch die Computersignale zu entschlüsseln. Was ein revolutionärer Heim-PC kann, vermag ein repressiver Polizei-Computer schon lange.

Die Möglichkeit, Fernschreiben

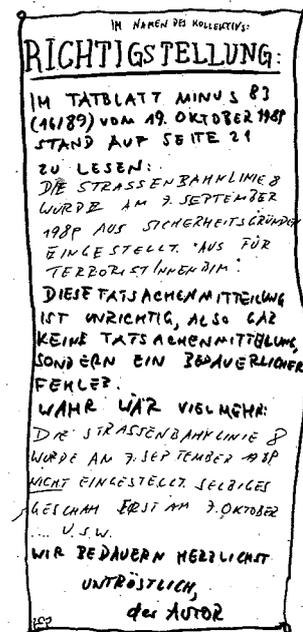
einfach selbst vom Postamt abzuschicken, schließt sich schließlich ganz von selbst aus, denn da muß man/frau ja von Angesicht zu Angesicht mit der/dem mitlesen könnenenden PostbeamtenIn den Text absenden.

Unsere revolutionären FreundInnen haben — wie wir inzwischen alle wissen —, sich aller Argumente und aller technischen Möglichkeiten angesichtig, zur Erklärungserstellung mittels Speicherloser Typenradschreibmaschine entschlossen (der kleine einzeilige Korrekturspeicher ist wirklich bedenkenlos, da er sich mit jedem Mal Abschalten vollständig löscht).

Freitag, 29. September 1989 (der Tag nach der geglückten Aktion revolutionären Charakters), 14.00 Uhr.

Die meisten BeamtInnen der Bundespolizeidirektion Wien verlassen, ein unbeschwertes frohes Wochenende im Kreise ihrer Familien vor Augen, ihre Amtsstuben, so sie dies nicht ohnehin schon getan haben.

Lediglich im Büro für Erkennungsdienst, Kriminaltechnik und Fahndung kiefeln noch ein paar besonders eifrige Beamte vor der Anschlagserklärung des Mathias N. und seiner GenossInnen. Sie haben das gute Stück von einem netten Journalisten einer großen österreichischen Zeitung zur freundlichen Verwendung zur Verfügung gestellt bekommen. Doch umsonst. Zaghafte Kopfschüttelnd legen sie ihn beiseite und die Arbeit nieder. Sie waren erfolglos. Der Brief birgt beim schlechtesten Willen keinerlei Anhalts-



bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER

Das andere Papier.

WIEN

1020
Springerg. 1
Tel. 2166305

WIEN

1070
Schottenfeldg. 53
Tel. 964307

GRAZ

8010
Glacisstr. 23
Tel. 832703

LINZ

4020
Waltherstr. 2
Tel. 283420

punkte. Ein freundlicher, über das ganze Gesicht breit grinsender Staatspolizist, Gert Z., etwa 50 Jahre alt, blond, schwächling, wohnhaft in Wien 20, Jägerstraße 85/Stiege 5, Telefon (0222) 332 89 75; schaut auf dem Nach-Hause-Weg noch mal kurz grüßend bei der Tür herein³⁾. »Was gibt's... ich.. wie geht's... voran, geht's voran, kommt's weiter?« — »Nix, gar nix, nix«, antworten traurig die Spurensicherer. »Ganz schön auf Zack, die Gfraster!«, erwidert Gert Z., »Solln nur warten; irgendwann, dann.... dann werdn's schauen, schau werdn's dann. So schau werden's dann. Wiederschau, Servus... und ein schönes Wochenende!« Dann verläßt er spürbar grantig und alkoholisiert das Zimmer. »Servus« sagen nun auch die zurückgebliebenen traurigen Beamten. »Pfiat di!« Sie packen ihre Sachen und gehen ebenfalls.

Wird sich die Wiener Polizei an Mathias N. und GenossInnen die Zähne ausbeißen? Was haben Mathias N. und GenossInnen eigentlich getan, und vor allem: wie haben sie es getan? Haben sie auch wirklich auf alles gut aufgepaßt? Werden sie eines Tages gar die Welt aus den Angeln heben? Lesen Sie bitte unbedingt weiter, im nächsten TATblatt, wenn es auch in vierzehn Tagen wieder unberechtigterweise heißt: »Hoppala« und bewegen Sie sich mit uns »auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.«

Fußnoten:

¹⁾ häufiger kommt es vor, daß Leute Nadeldrucker an ihrem Computer angeschlossen haben. Wie sich diese spurenmäßig verhalten, weiß ich aber nicht, weshalb diese Drucker somit an dieser Stelle keinen Eingang in die Welt der Literatur finden. Aus den im Text nachfolgenden Gründen sind aber ohnehin beide Varianten, sowohl Typenradrucker als auch Nadeldrucker, verwerflich. Bedeutung würde diese Frage also nur dann erlangen, wenn welche über Schreibmaschinen mit Nadeldruck verfügen. Unter Mathias N.'s GenossInnen befindet sich aber keine, welche sowas besitzt. Folglich macht es also vorderhand nichts, daß ich da jetzt nicht mehr darüber weiß. Achtungsvoll, Eduard Z. Nowak.

²⁾ bei MS-WORD beispielsweise finden sich solcherart zwischengespeicherte Textbruchstücke in den MW*.TMP Dateien, wobei hier * für eine sechsstellige Zahl steht.

³⁾ wir erlauben uns an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, daß der vorliegende Roman frei erfunden ist, jede Ähnlichkeit der vorkommenden Personen mit lebenden, abgelebten, noch ableben werdenden und überhaupt noch irgendwann einmal zu lebenden Personen ebenso zufällig wie unerwünscht, ja uns geradezu unangenehm ist. Dies bezieht sich vollinhaltlich auf alle Angaben zu Personen, ihren Erscheinungsbildern, Charakteren, Adressen und Telefonnummern. Es ist also beispielsweise komplett sinnlos, bei der angegebenen Telefonnummer anzurufen: Der oder die, die oder der abhebt, hat sicherlich ganz bestimmt nicht das Geringste mit der Mathias N.-Story zu tun!

KIENHOLZ—1980's

eine Ausstellung engagierter Kunst

Führung für TATblatt-LeserInnen

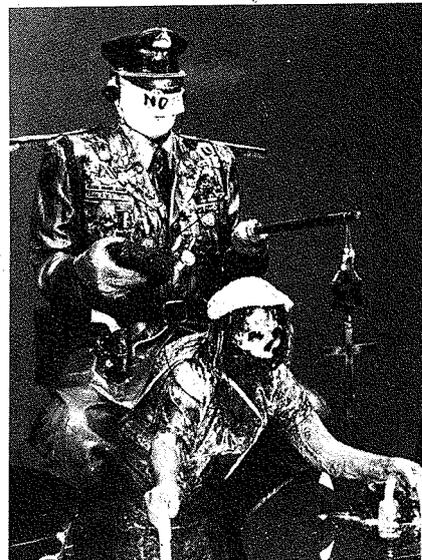
(Dieter Schrage)

"Von engagierter Kunst zu reden gleicht heute fast einer umgekehrten Blasphemie. Wer Werken bildender Kunst noch einen anderen gesellschaftlichen Ort zuweist als die Unternehmensetage oder das Shopping Center, macht sich beinahe lächerlich. Wo wir mit unserem Imponier-Neo-Deco von der Umwelt abheben wie von der Langeweile zum Erfolg, wird die Moral unter die Asylbewerber eingereicht. Da leisten wir uns eher akademische Diskussionen, um die Behauptung, Kunst sei immer engagiert, mit der Gegenbehauptung, Kunst als Kunst bedürfe keines Engagements, zu entkräften, als daß wir uns noch von Kunstwerken beeindruckend lassen, die unser Gewissen berühren. Eindruck machen nur noch Auktions- und Besucherrekorde.

Wer wollte andererseits leugnen, daß kaum jemand ehrlicher die menschliche Misere geschildert und den Boden doppelter Moral abgeklopft hat als Kienholz, von den Monumenten der Gleichgültigkeit gegenüber Krieg, Propaganda und Indoktrination bis hin zu den Epitaphen sexueller Not und Nötigung. Ist die Ausstellung ...from the 80's also gegen den aktuellen Kunstbetrieb gerichtet?

Ed und Nancy Kienholz hätten es nicht nötig, sich einem Abwechslungszwang zu unterwerfen. Ed und Nancy Kienholz sind aber auch nicht weltfremd. Unter Freunden fragen sie sich manchmal, ob die formalen Qualitäten ihrer Arbeiten nicht zu wenig beachtet werden. Popularität allein, noch dazu eine, die sich nur auf eine oberflächliche Rezeption ihres Werkes stützt, wäre ihnen mit Recht suspekt.

Kienholz'europäische Karriere begann 1968 auf der 4. documenta in Kassel. Damals waren auf dem Campus der Universität Berkeley, Kalifornien, Panzer gegen studentische Anti-Vietnam-Demonstrationen aufgefahren. Bei aller Sympathie, die Kienholz in seiner kritischen Offenheit der Studentenbewegung entgegen-



brachte, hat er allerdings niemals die politische mit der künstlerischen Aktion verwechselt; nichtsdestoweniger ist er oft für Prinzipien künstlerischer Selbstbestimmung eingetreten, die sich mit kulturevolutionären Zielen vertrugen." (Jürgen Harten, Ausstellungskatalog)

Die Ausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts (bis 12. Nov. 89 täglich — außer Mittwoch — geöffnet) zeigt Arbeiten von Ed und Nancy Kienholz aus den 80er Jahren. Im Mittelpunkt dieser Schau steht das große Mixed Media-Objekt "The Ozymandias Parade", Symbol einer von den Mächtigen in die Zerstörung geführten Gesellschaft.

"Die Anzeichen für eine fehlgeleitete Gesellschaft sind vielfältig. Die Figur des Vizepräsidenten / Vizekanzlers / Vizepremierministers / Vizediktators sitzt rücklings auf dem Bauch eines auf dem Rücken liegenden Pferdes. Zu seiner Linken reitet der General auf dem Rücken des 'geschöpften Steuerzahlers' und läßt ihm religiöse Symbole vor der Nase baumeln, um ihn in Trab zu halten." (Jürgen Harten)

Führung für TATblatt-LeserInnen mit Dieter Schrage

im Museum des 20. Jahrhunderts
Wien 3, Schweizergarten

am Sonntag, dem 12. November 1989, 15 Uhr

**Brief einer Leserin
zum Leserbrief vom Claus
im TATblatt minus 84; Seite 22**

Liebes Claus, ich verzeihe dir nicht. Du weigerst dich, sexistischen Sprachgebrauch abzulegen. Du ignorierst die Frauen unter den LeserInnen, Zeitungs-ProduzentInnen usw. Dadurch handelst du unterdrückerisch.

Die »Gleichberechtigung der Frau« sei dir eine »Selbstverständlichkeit«. Du flüchtest dich in eine scheinheilige Rechtfertigung und läßt alles beim Alten. DU bist der, der nichts tut und nur groß redet.

Das »« im Wort stört dich (»holpriges Schriftbild«). Kannst es wohl deinen Äuglein nicht zumuten. Aber, aber! Es gibt doch Möglichkeiten über Möglichkeiten! Zum Beispiel: – das kleine »« (generatives Femininum anstatt gen. Maskulinum),

– Splitting: BewohnerInnen und Bewohner
– geschlechtsneutrale Personenbezeichnungen: Produzierende
– als geschlechtsneutrales persönliches Fürwort: jedes

– ...

Gruß Gerlinde

Liebes TATblatt!

Zum Leserbrief von Claus im Tb minus 84 möchte ich doch einiges bemerken:

Den Satz »Die Leser des TATblattes stammen demoskopisch gesehen alle (!) aus der A- und B-Schicht« (Akademiker & Maturanten) kann er (Claus natürlich) doch nicht ernst gemeint haben? Bin ich kein TATblatt-Leser?

Und ich bin wohl kaum der einzige / die einzige Tb-LeserIn ohne akademische Ausbildung.

Dann: »...eure Leser sicher in einem Alter sind, in dem sie noch (!) nicht gewillt sind, sich mit Unrecht abzufinden, also unter 40 Jahren etwa...«

Auch das schreibt Claus, und er unterstellt den LeserInnen, sie würden sich so bald sie älter werden mit Unrecht abfinden. Vielleicht wird das bei Claus so sein, ich habe es nicht vor. Und zudem gibt es sicher genügend Über-Vierzigjährige, die sich noch immer nicht mit dem Unrecht abfinden.

Abschließend möchte ich Claus noch einmal widersprechen: Es ist sinnvoll, im Tb über bestimmte wichtige Ereignisse zu berichten, auch wenn sie durch die bürgerlichen Medien in der Hauptsache bekannt sind. Eben weil diese Medien berichten, was ihnen paßt; und weil auch bei ihnen, nur eben versteckter, Vorurteile und MEINUNGEN in die Berichterstattung einfließen, und Fakten dadurch verfälscht werden.

Zustimmen kann ich Claus bei der Forderung nach mehr eigenen Analysen und Kommentaren; auch die Vorschläge zur Layout-Verbesserung unterstütze ich voll.

mit solidarischen Grüßen
Euer Markus

**betrifft: Südwind-Artikel in Nr minus 84,
ÖIE-Artikel in Nr minus 83:**

Nun ist mal ein deftiger Verriß g'spaßiger wie die 101. Auflage zäher Perspektiven-Diskussionen. Ein Ärgernis und mir auch nicht verständlich ist, daß gerade bei Artikel, in denen Reportage und Kommentar ver-

schwimmen, keinE AutorIn genannt wird. Gerade dieses (schamhafte?) Verschweigen der Schreibenden und deren Motive verunmöglicht eine weiterführende Diskussion über Insider-Kreise hinaus. Ansonsten alles Gute. Alfred

Anm des Tipplers: Natürlich beeinträchtigt ein Verschweigen der AutorInnen eine weiterführende offene Diskussion, doch zeigt uns das Beispiel BRD (und auch Italien, Frankreich, Spanien usw), daß wir gut daran tun, uns selbst und alle anderen AutorInnen weitgehend geheim zu halten. Selbst Artikel, aus denen uns die Behörden keinen Strick drehen können, können ihre Materialienersenal aufstocken, damit sie ZeitungsmacherInnen in bedenkliche und weniger bedenkliche einzuteilen vermögen.

Je weniger die Behörden wissen, um so größer ist unsere Sicherheit, vor allem dann, wenn die gegenwärtige relative Ruhe einer staatlichen Offensive gegen linke Medien weicht. In der BRD können dem TATblatt vergleichbare Zeitungen nur mehr in Untergrund-Strukturen hergestellt und vertrieben werden. Früher war es auch dort für linke Zeitungen leichter, bis deren MitarbeiterInnen schließlich nach und nach in 129- und 129a-Prozessen fertigzumachen begonnen wurde. Vor einer solchen Entwicklung wollen wir uns vorsehen, indem wir unbekannt bleiben wollen.

**TATblatt-international:
Leserbrief aus Lettland (UdSSR)
Hallo Freunde!**

Ich heute bekam »TATblatt«. Vielen Dank! Ich möchte regelmäßig »TATblatt« bekommen, aber ich habe keine westliche Währung. Helfen Sie mir bitte, liebe Leute! Heute bei uns ist »Perestroika« und »Glasnost« und darum Sowjetleute bekommen westliche Zeitungen. Aber Sowjetleute haben keine westliche Valuta. Darum, liebe West-Leute, helfen wir uns! Ich möchte West-Zeitungen lesen und bekommen, aber habe nur Rubel!

Auch meine Verwandte, FreundInnen, NachbarInnen interessiert sich über »TATblatt«! Ihre Meinung, Bitte! Seien Sie so lieb und herzlich!!! Bitte absagen Sie nicht! ...

Ihr ständiger Leser und Brieffreund:
G.

Lieber G.!

Wir wollen dir hier nun auf diesem Wege antworten. Wenn du willst, schicken wir die das TATblatt gerne kostenlos zu. Falls es dir möglich ist, wäre es toll, wenn du uns vielleicht ab und zu Briefe und Informationen (Zeitungen??...) schicken könntest, wie es euch bei so vorangeht, was so los ist.

Ganz liebe Grüße, TATblatt-Wien

Hallo!

Eurer (ZEBRA's) Argumentation für einen freien Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber ist deckungsgleich mit der Wirtschaftskammer: gute Wirtschaftslage, Nachfrage nach Arbeitskräften am heimischen Arbeitsmarkt, arbeitsfähige AsylbewerberInnen (was zweifelsfrei stimmt). Daß ihr euch zu dem Hinweis bemüßigt fühlt, das Meldegesetz Sorge schon für die Registrierung der Flüchtlinge (was auch zweifelsfrei stimmt), spricht für sich. Die Spitze aber ist eure Begründung der Forderung nach Erhöhung des

Flüchtlingshilfebudgets: militärische Anschaffungen wären unproduktiv und hätten nur eine mit der Flüchtlingshilfe vergleichbare wirtschaftliche Umwegrentabilität. Mit anderen Worten: Flüchtlinge besitzen im Gegensatz zu Draken eine Produktivkraft (was zweifelsfrei auch stimmt).

Nur ist das die Sprache und damit das Denken der Herrschenden, oder zumindest eine sehr enge Anbiederung daran. Wer von Ausländern spricht (AusländerInnen ist auch nicht viel besser) oder im Vereinsnamen führt, zeigt sich implizit einverstanden mit der Einteilung Inländer-Ausländer. Eingeteilt von wem? - Für wen? - Sicherlich nicht von und für Ausländer! Oder habt ihr eineN AusländerIn sich selbst schon freiwillig (dazu zähle ich nicht das Aus-(Er)füllen von Formularen) AusländerIn bezeichnen gehört?

Zur »Volksmeinung«: Die Angst der heimischen ArbeiterInnen vor der Konkurrenz ausländischer ArbeiterInnen am heimischen Arbeitsmarkt ist begründet!(1) Darauf gibt es nur zwei Antworten: "Das liegt an den AusländerInnen"; oder: "Das liegt an den Mechanismen eines Arbeitsmarktes". (2)

Ich fürchte, die erste Antwort mit dem daraus folgenden "Ausländer raus!", erscheint der Mehrheit naheliegender und realisierbarer. Daher halt ich nicht viel davon, "die Asylpraxis demokratischer zu gestalten" (IGARA). (3) - Zumindest heute nicht.

Moralische Appelle an das Gewissen fruchten nur bei Wohlhabenden. Bei drohender Not wird Moral zum Luxusartikel. Drohende Not für das einzelne Individuum braucht der Kapitalismus zur Motivation der ArbeiterInnen.

(1)Menschen, herausgerissen aus ihrer sozialen und kulturellen Umgebung sind weit weniger zu Widerstand, (gegen vom Unternehmer vorgegeben Entlohnung und Arbeitsbedingungen, aber auch gegen vorgeetzten Verzicht auf Sozialleistungen) fähig; bzw. Widerstand ist ihnen auch nicht zu raten, droht doch immer: "Wenn's Dir hier nicht paßt, dann geh doch dorthin, wo Du herkommst" - und nicht nur als verbale Attacke. In der Sprache der Unternehmer heißt dies: Ausländer sind oft flexibler, leistungsmotivierter, anpassungsfähiger, arbeitswilliger,... Nicht jedeR inländische ArbeiterIn ist über diese Herausforderung "glücklich".

(2)Es gibt keinen humanen bzw. humanisierten Arbeitsmarkt: 1.Wer seine Arbeitskraft verkauft (verkaufen muß), verkauft sich selbst als Ware. 2.Der Marktmechanismus beruht gerade auf Konkurrenz. Praktisch heißt das, das Ausspielen von ArbeiterInnen gegen ArbeiterInnen, von Arbeitslose gegen ArbeiterInnen, von ArbeiterInnen gegen Arbeitslose. Das gegenseitige Ausspielen von Unternehmern bleibt Theorie; schon gar in Zeiten nach der Vollbeschäftigung. Ein Aufheben des "Jeder gegen Jeder" in ein "Inländer gegen Ausländer" macht diesen Grundcharakter des Arbeitsmarktes dem Einzelnen (Inländer) erträglicher und deshalb gefährlich. 3.Wer sich selbst verkaufen muß, der "verkauft" nicht, der wird sich selbst enteignet! Er muß froh sein, überhaupt noch was dafür zu bekommen. Er wird zum dankbaren "Empfänger". Zum Lohnempfänger.

(3)Gut, ich gebe zu, die Übersetzung von "demokratisch" mit "Volksabstimmung" ist nicht allzu wohlwollend; doch für viele bedeutet "Demokratie" nicht mal das.

Betrifft: TATblatt

JAJAHR! Das TATblatt ist ein Ja alt!

Am 26. Oktober 1988 (das hat sich so ergeben) erschien die *Minus 101* Nummer des TATblatts. Damit begann eine neue Epoche in der Geschichte des »Projekts Zweitageszeitung«.

Das abgehobene Herumgerede über abstrakte Belange einer künftigen Fast-Tageszeitung fand damit ein vorläufiges Ende. Fortan sollte sich die Zeitung anhand konkreter Erfahrungen entwickeln. Und das tut sie seither.

In diesem einen Jahr hat sich das TATblatt nicht gerade wenig verändert. Es war wirklich überraschend, welche grenzenlose Vielfalt an Problemen den dornenreichen Weg zur Zweitageszeitung pflastern können. Wie beispielsweise macht man/frau eine Fehlerstrom-Schutzschaltung in einem neuen Büro, wenn weit und breit keine Erdung zu finden ist. Damit wären wir auch schon bei dem Thema, welches das Wiener TATblatt-Kollektiv derzeit am meisten beansprucht: unser neues Büro.

Die Renovierungsarbeiten gehen zielstrebig voran (obwohl sie schon subjektiv oft den Eindruck vermitteln, daß sie kein Ende mehr nehmen wollen), der Umzug ist in absehbare Nähe gekommen. Für einige der verwendeten Materialien ist sogar schon Geld da, für die meisten noch nicht. Aus diesem Grund zu aller Überraschung ausnahmsweise mal ein kleiner Unterstützungsauftrag: bitte zahlt viel (oder auch wenig) Geld auf unser Konto (P.S.K. 7547 212) ein.

Wie in der Vergangenheit schon mehrfach erwähnt, macht uns das Nebeneinander von Renovieren, Zeitungsmachen und -vertreiben (bei den meisten auch noch Lohnarbeiten oder Schule/Uni-gehen) derzeit überaus große Schwierigkeiten. Irgendwie fühlen wir uns gewissermaßen überlastet. Aus diesem Grund ist es leider unvermeidlich, daß einiges zu kurz kommt: neben einigem so auf persönlicher Ebene auch einiges auf Zeitungs-Verwaltungsebene. Das grüne Postbearbeitungsladell am Schreibtisch quillt immer überer, alles mögliche verschlampt sich an allen un-

möglichen Stellen und so weiter (falls wir auf Post derzeit mitunter sehr spät [gar nicht?] reagieren, seid uns bitte nicht böse, das würde auch nichts ändern).

Bald wird alles besser, schöner, einfacher... bloß wann? Ab wann ihr uns endlich im neuen Büro erreichen könnt, und wo dieses überhaupt ist, erfahrt ihr im nächsten TATblatt. Falls ihr Möbel habt, die ihr uns dafür schenken könntet, ruft uns bitte Montag nach 16 Uhr oder Donnerstag um 19 Uhr an, unter der alten Telefonnummer (0222) 54 23 07.

Noch ein Hinweis, für alle, die uns Artikel schicken: bitte tut es immer rechtzeitig; also früh wie möglich. Übrigens ist es immer ein eigenartiges Gefühl von umsonstiger Arbeit, wenn wir Artikel eintippen, wir sie von Computer-Ausdrucken ablesen. Es überkommt uns da immer die Vorstellung, daß dieser Artikel schon einmal auf Computer getippt wurde, und eine einfache kleine Diskette uns unter Umständen viel Arbeit ersparen könnte.

Schickt uns Artikel bitte immer auf Papiausdruck und — wenn möglich — auf Diskette (DOS-Betriebssystem, 3 1/2" oder 5 1/4" -Disketten, am Besten auf MS-WORD getippt.) Falls das nicht möglich ist, dann halt nicht. Nur für den Fall. Es könnt uns schon viel Arbeit ersparen, und damit Zeit. Und dann könnt das TATblatt noch aktueller werden, und das Layout würd'vielleicht nicht mehr immer bis in den frühen Morgen dauern.

In diesem Sinne:

Gute Nacht.

Wien, am Morgen des 29. Oktobers
um 5Uhr früh

Liebe, Kräft, Baba und überhaupt!
Einer vom TATblatt-Kollektiv

Termine:

Samstag, 2. November; 20 Uhr
Lesung mit anschließender Diskussion zu Fortpflanzungsmedizin von Renate Klein
Frauenzentrum Wien 9, Währingerstraße 59

Samstag 4. November 10-18 Uhr;
Sonntag 5. November 10-15 Uhr:
WUK-Hauskonferenz zum Informieren, Versöhnen, Streiten, Reden, Essen, Arbeiten, Phantasieren, Reflektieren und Spielen.
im WUK Wien 9, Währingerstraße 59

Donnerstag 9. November 19 Uhr
Anarchoabend bei der KPÖ 19 (schmähohne!) zur Information und Diskussion
KPÖ 19, Wien 19, Friedlgasse 40

Donnerstag 9. November 19 Uhr
Zukunftsperspektiven der Kurdischen Bewegung
Grüne Bildungswerkstatt, Wien 6, Eggerthgasse 3

bezahlte Anzeige:

NATÜRLICH.



Naturkost Spittelberg, Bersto-Produkte, Spittelberggasse 24,
1070 Wien, Tel. 0222/93 61 92, Mo-Fr 9.00-18.30, So 9.00-12.00.
MITGLIED DER IG-NATURKOST

TATblatt

NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten, die derzeit alle vierzehn Tage erscheint.

Das TATblatt versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schickt uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen – um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten – werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz:

TATblatt-Wien:

1050 Wien, Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/Keller

Telefon: (0222) 54 23 07

Postanschrift: 1050 Wien, Postfach 282

TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Café:

jeden Montag um 16 Uhr

die ideale Möglichkeit in ungezwungenem Gespräch das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

TATblatt-Graz:

Treffen alle 14 Tage: Zeit und Ort bitte telefonisch erfragen.

Kontakt-Telefonnummern:

(0316) 96 23 63 (Elisabeth)

(0316) 83 57 79 (Christof)

TATblatt-Linz:

Treffen: jeden 1. Mittwoch im Monat um 17 Uhr

Andreas Hofer Stüberl; Andreas Hoferplatz 3; 4020 Linz

P.b.b. Verlagspostamt 1050 Erscheinungsort Wien

An:

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1050 Wien; Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller

Postanschrift: 1050 Wien; Postfach 282

Telefon: (0222) 54 23 07

Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212

DVR Nr: 0558371

Druck: Eigendruck

Das TATblatt im Abo

Ein TATblatt-Abonnement kostet innerhalb Österreichs S 96. – für zehn Ausgaben, oder S 190. – für zwanzig Ausgaben. Ein Auslandsabo kostet S 150. – (10 Ausgaben) bzw S 300. – (20 Ausgaben).

Die Abos gibt's nur gegen Vorauszahlung! Also einfach Erlagschein ausfüllen und einzahlen. Sobald das Geld bei uns ist, beginnt das Abo zu laufen.

Außerdem gibt es auch die Möglichkeit eines Förderabos: Du bestimmst selbst, wieviel du zahlen möchtest (mindestens na-

türlich S 97. – für zehn respektive S 191. – für zwanzig Ausgaben, im Ausland mindestens S 151. – bzw S 301. – ... eh klar, oder?).

Am Besten die Erlagscheinvordrucke, wie sie jedem TATblatt beiliegen, wenn sie nicht herausgefallen sind, verwenden. Ansonsten bitte wie folgt ausfüllen:

Konto: P.S.K. 7547 212; Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; Verwendungszweck: Abo (Förderabo) für ...Nummern; usw...

Mitgliedschaft

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1. – pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. – Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfa-

chen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke noch heute eine Postkarte!

Einzelverkaufsstellen

Wien:

Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kolingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

diverse Läden:

- VKA (6, Stiegegasse 20)
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozsigasse 38)
- Natürlich Naturkost (9, Marktgasse 21)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Beisln:

- TU-Club (4, Paniglasse 1) VORÜBERGEHEND ABGEBRANNT
- Rotstilzchen (5, Margaretenstrasse 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)

- KOMM24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24; täglich 14 bis 17 Uhr)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H./Stadtteilzentrum Ottakring (16, Bachgasse 21)

außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller; geöffnet nur Di & Do 17-21 Uhr, Mi 15-19 Uhr)

Graz:

- Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Bad-Café (Badgasse 7)

Schwertberg:

- Kulturverein Kanal (Schwertberg, Josef-tal 21)

(Stand Oktober 1989)